

Frigga Haug

## Das Lafontaine-Projekt

### Perestrojka auf sozialdemokratisch?<sup>1</sup>

Was »so, wie es ist, nicht bleiben kann«, muss verändert werden. Der Satz scheint tautologisch. Und doch trifft jeder Vorschlag einer Gesellschaftsveränderung auf Empörung selbst bei denen, die aus den alten Zuständen nicht nur Nutzen zogen. In der entstehenden Unsicherheit bleibt die Erfahrung: Es kann alles schlechter werden. So stießen die Vorschläge Lafontaines zu Arbeitslosigkeit, Arbeit und Einkommen schnell in ein emotional aufgeladenes Feld polemischer Zuspitzungen. Im Für und Wider bildeten sich eigentümliche Bündnisse. Aus dem Unternehmerverband kamen wohlwollende Urteile; der Linken schienen Buch und Vorschläge »Verrat« an der Arbeiterbewegung;<sup>2</sup> die Gewerkschaften reagierten aufgebracht. Dabei gerieten die sozialen Fragen, für deren Lösung die Vorschläge gemacht waren — die Arbeitslosigkeit, die Frauenunterdrückung, das soziale Elend —, schnell ins gewohnte Abseits.

Im Folgenden soll in einer knappen Skizze die Arbeit der Presse vorgeführt werden, soweit sie den Konflikt zwischen DGB und SPD vorangetrieben hat.

---

<sup>1</sup> Aus: *Das Argument* 174, 31. Jg., 1989, H. 2, 175-208

<sup>2</sup> Ein abwägendes und im Ganzen eher positives Urteil fällt Karl Georg Zinn (1988). Trotz einiger Skepsis über die Vernachlässigung der Gewerkschaften als historisches Subjekt der Veränderung durch Lafontaine kommt er zu dem Schluss: »Jedenfalls gelingt es dem Autor, seine zentrale Botschaft klar zu vermitteln: die Menschen müssen sich die Freiheit erkämpfen, um die aufklärerische Vernunft für ihre Lebensverhältnisse wirksam machen zu können, und dies verlangt umfassende, die Wirtschaft einbeziehende Demokratisierung der Gesellschaft.« (556) — Umgekehrt vermutet die Zeitschrift *Nachrichten* in ihrer Februarnummer 1989, dass Lafontaine gar ein »Lockspitzel der Unternehmer« sei. Ihr Aufmacher auf der Titelseite: »Ist Lafontaine ein Agent provocateur?« Es geht um die Diskussion von Sonntagsarbeit.

Anschließend wird das Buch Lafontaines<sup>3</sup> vorgestellt. Dabei geht es nicht darum, ob die Thesen neu und originell sind, ja, nicht einmal, ob sie »gegen Beifall von der falschen Seite« gefeit sind. Geprüft werden soll vielmehr, ob das Buch Chancen für ein linkes Projekt eröffnet. Entsprechend werde ich in einem dritten Abschnitt über ein empirisches Projekt berichten, welches die Thesen Lafontaines in der Bevölkerung zur Diskussion gestellt hat. Wir wollten prüfen, wieweit sie geeignet sind, Formen selbstverständlichen Denkens und Handelns in Bewegung zu bringen und diese Bewegung in ein Verlangen nach politischer Teilhabe zu übersetzen. Dieser Teil versteht sich auch als Vorschlag, wie Sozialwissenschaft heute eingreifen könnte. Abschließend möchte ich Vorschläge an die Gewerkschaften, die SPD und die Grün/Alternativen machen, für die Diskussion der Thesen Foren zu schaffen und dies als politische Praxis zu handhaben.

Die großen Umbauten in der Sowjetunion machen Mut, auch in unserer Gesellschaft über kleine Reformfragen hinauszudenken. Lafontaine beruft sich in drei wesentlichen Punkten auf die Perestrojka: im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg, der so jetzt nicht mehr möglich sei (149), in der Forderung nach einer veränderten politischen Kultur (20) und schließlich für seine abschließende Losung: »mehr Demokratie wagen«. Er zieht die Linie von Marx zu Gorbatschow: »Die `Perestrojka' des Michail Gorbatschow ist ein erster zaghafter Versuch, das Ruder in die richtige Richtung herumzuwerfen« (264), nämlich die »Rücknahme des Staates in den Staatsbürger« zu betreiben. Das Buch ist ein Bestseller (50000 Auflage in einem halben Jahr). Sein Erfolg steht in einem gewissen Widerspruch zum Echo der Presse auf die seit Februar 1988 in wechselnden Öffentlichkeiten vorgetragenen Thesen Lafontaines. Unter dem Stichwort Lohnverzicht wurde am heftigsten um

---

<sup>3</sup> Oskar Lafontaine: *Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt*, 1.-3. Aufl. Hoffmann und Campe, Hamburg 1988.

seinen Vorschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gestritten. Auf den ersten Blick lässt sich dieser als Verdichtung seiner Demokratievorstellung lesen: die Staatsbürger sollen ausbaden, was Kapital und Staat verursacht haben.<sup>4</sup> Ein zweiter Blick schon entziffert solche Lesart als polemisch — dem Umfang und der Absicht nach. Schließlich geht es nicht einfach um Lohnverzicht zugunsten der Arbeitslosen, sondern Arbeitszeitverkürzung und Einkommenserhöhung sollen nicht Hand in Hand gehen; es sollen nicht alle betroffen sein, sondern nur die über 5000-DM-Verdienenden, also die mittleren und höheren Einkommen — eine Maßnahme, die der Gewerkschaftsführer Breit bei Einkommen über 8000 DM für richtig erachtete, und die die SPD selbst als Solidaritätsabgabe schon 1982 in ihrem Programm hatte —; und schließlich soll diese Beteiligung nicht die einzige bleiben, die Lafontaine sich als »mehr Demokratie« gedacht hat. Doch genügte dieses pragmatische Zeugnis reformerischer Überlegung, die Presse über Monate in Erregung zu halten. Daher empfiehlt es sich, das Buch in erster Linie für ein Politikum zu halten und es als politischen Tatbestand zu untersuchen, statt dem *Spiegel* in seiner hymnischen Versicherung zu folgen, es

---

<sup>4</sup> Aus dem Institut für Marxistische Studien und Forschungen kam schon wenige Monate nach dem Lafontaineschen Buch und der Aufregung in der bundesdeutschen Presse ein kleiner Band zu Schulungszwecken: *Die Politische Ökonomie des Lohnverzichts. Oskar Lafontaine und die linke Zukunftsdiskussion*. Er trägt den Untertitel: »Eine kritische Auseinandersetzung«, begnügt sich aber leider damit, wieder und wieder klarzustellen, dass sich Lohnarbeit und Kapital in einem feindlichen Gegensatz befinden, die Gewerkschaften die Fragen der Zukunft sicher in Händen haben und die einzelnen Arbeiter ein Bewusstsein und eine Vorstellung in sich tragen, dass es allein der Kampf der »Arbeiterklasse ist«, der sich »der kapitalistischen Logik der Flexibilisierung, Deregulierung und Modernisierung unter Weltmarktgesichtspunkten entgegenstellt« (68). Die Auseinandersetzung mit Lafontaine beschränkt sich im Wesentlichen auf eine Entlarvungsstrategie. Sein »Rückfall hinter den Programmentwurf von Irsee« wird durch locker eingeblendete Verlautbarungen von Gewerkschaftsvertretern, rechten und linken Politikern, Unternehmensvertretern und einzelnen Arbeitern dokumentiert, die jeweils an passender Stelle die Rechtsabweichung belegen. Die Argumentation folgt so der einfachen Logik: Lafontaines Thesen müssen falsch sein, wenn die Unternehmer Beifall spenden und die Gewerkschaftsführer ihnen kritisch gegenüberstehen. Dabei sind die einzelnen Darstellungen, die Lafontaines Fehler beweisen sollen, in vielen Punkten nachvollziehbar. Problematisch ist aber diese Politik des Einordnens und Abqualifizierens, des Entlarvens und Feindsichtens, die den so Belehrten kaum mehr als zustimmenden Applaus abverlangt und den Überführten nichts lässt, außer sich tatsächlich in ein gegnerisches Lager zu begeben.

handele sich um ein wissenschaftliches Meisterwerk.<sup>5</sup>

## DIE PRESSE

### *Spaltungsaktivitäten*

Die Lohnverzichtsthese betrifft das Verhältnis von SPD und DGB. Noch bevor die führenden Gewerkschafter Empörung zeigen konnten, haben sich die konservativen Blätter, allen voran die *FAZ*, daran gemacht, den Sprung zu einem Riss, dann zu einer unüberbrückbaren Kluft zu verbreitern. Das Thema wird zunächst dazu genutzt, die Gewerkschaften ins Unrecht zu setzen durch die Behauptung, dass ihre Politik Arbeitslosigkeit durch »kostentreibende Konditionen« verursachte.<sup>6</sup> Lafontaine wird als ein Politiker herausgearbeitet, der solchem Treiben ein Ende setzen wolle. Indem er als Ausnahme in der SPD bezeichnet wird, soll diese Partei mit dem DGB zum »alten Eisen« geworfen werden. In der Pluralität des herrschenden Blocks wird schließlich Sorge um die »Lauterkeit und Redlichkeit« der Person geäußert: H. Herles informiert in der *FAZ* (6.5.1988) die Leser mit vielen Zahlen, wie ein Lafontaine, der die Arbeitnehmer zum Verzicht anhalte, selbst das Geld der Staatsbürger verprasse — für einen Koch, für eine Villa, schließlich sogar zuviel Honorar für sein Buch beziehe, das darum zu teuer sei, und endet mit dem Urteil: »links reden und rechts leben«. So bleibt am Ende nichts als die Kluft zwischen einer abgewirtschafteten SPD und einem schlechten DGB sowie die mögliche Kanzlerkandidatur eines unmöglichen Lafontaine. Der

---

<sup>5</sup> Hat »sich der wissenschaftliche Perfektionist und Bücherfresser Lafontaine sorgfältig theoretisch vorbereitet« (Nr. 10, 19).

<sup>6</sup> Ein besonderes Kunststück ist dabei die Nahelegung, Lafontaine hätte verhindern wollen, dass »Sockelvereinbarungen für niedrige Lohngruppen« abgeschlossen würden. Als Tatsache wird unterschoben, sie seien besonders »beschäftigungsgefährdend«, würden von der SPD typischerweise noch gelobt -- der Autor (Barbier, in *FAZ* v. 29.8.88) fragt: »Ist das der Preis für den Vorwitz von Lafontaine?« und endet mit der »Einsicht«, die SPD habe keine Befähigung zur Regierung.

SPD-Parteitag in Münster wird daher eine besondere Zielscheibe journalistischen Ehrgeizes. Man findet kunstvolle Montagen: von den Abrüstungsvorschlägen geht es unvermittelt zu den vielen Gegenstimmen, die Lafontaine erhielt, zu eindrücklichen Gemälden über »die Mauer von Hass und Schweigen«, welche die Gewerkschaftsführer errichteten. Es folgen Metaphern, die eine Abkoppelung der SPD vom DGB als positiven, wenn auch unwahrscheinlichen Leistungsnachweis unterstellen, von der Art: »die SPD schafft den Freischwimmer gegen die Gewerkschaften nicht«. Dabei wird nicht gespart mit stimmungsmachenden Wortballungen: auf der Seite der Gewerkschaften stehen »kollektivistischer Mief«, »Fesseln«, fehlende »Attraktivität« — das Wort »Solidarität« wandert zum »Lohnverzicht«.

*Antwort aus dem DGB*

So einfach die Autoren der *FAZ* die Konflikte zuspitzen, so kompliziert lesen sich die Äußerungen der DGB-Verantwortlichen. Der Tenor ist relativ einheitlich negativ. Die Betrachtungen gehen von der Auffassung aus, es seien laufende Tarifverhandlungen ein falscher Moment, um von politischer Seite dazwischenzureden. Es gibt eine Verwunderung, dass die Gewerkschaften die Adressaten der Forderung sein sollen, wenn es um Einkommen gehe, die nicht unter Tarifvereinbarungen fallen (so z.B. Michael Wendl in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*). Es folgen Aufrufe, sich der Unternehmergewinne zu versichern, wenn das Arbeitslosigkeitsproblem angegangen werden solle. Schließlich wird das Thema, welches Anstoß erregte, verschoben: Ins Zentrum rücken jetzt Lafontaines Thesen zur Erweiterung des Arbeitsbegriffs. So bezweifelt der Vorsitzende der IG Chemie, Rappe, in einem *Spiegel-Streitgespräch* (9/23) mit Lafontaine, dass Arbeitslosigkeit überhaupt tarifpolitisch angegangen werden könne, und betont energisch, dass im SPD-Entwurf von Irsee die erwerbsorientierte

Arbeit im Mittelpunkt stehe. Er bezichtigt Lafontaine der Anbiederung an die Frauen: »Das hätte gerade noch gefehlt, dass wir auf erwerbsorientierte Arbeit verzichten, damit die Partnerschaftsdiskussion der ASF [Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen] weitergehen kann. Das kann doch nicht wahr sein.« Und Wendl (181) sagt: »Lafontaine macht sogar den Versuch, die Arbeitslosigkeit durch die begriffliche Abwertung der Erwerbsarbeit und die begriffliche Aufwertung unbezahlter Arbeit als gesellschaftliches Problem umzudefinieren.«

Die IG-Metall veröffentlichte in der *Frankfurter Rundschau* (FR) ein langes Positionspapier zum Streit (6. u. 7. April 1988). Neben der Versicherung »umfassender Solidarität« mit den Arbeitslosen und der Feststellung, dass es »prinzipielle Meinungsverschiedenheiten über den Weg zum Vollbeschäftigungsziel« mit Lafontaine gebe, werden die eigentlichen Differenzen höchst vage skizziert. Da geht es um ein »Nicht nur, sondern auch«, um »Eindrücke«, »Ergänzungen« und schließlich um einen Bericht über das letzte Jahrzehnt gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik. Die Bilanz endet mit der Ausführung, dass die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich deswegen eine »solidarische Tarifpolitik zugunsten der Arbeitslosen« sei, weil sie »anstelle sonst höherer Lohn- und Gehaltsforderungen« trete. Es habe demnach zwischen 1985 und 1989 einen »Lohnverzicht« von 9,4 Prozent gegeben. Diese Berechnungen dienen nicht dazu, vorzuführen, dass Lafontaine Dinge fordert, die längst in größerem Ausmaß allgemeine Gewerkschaftspolitik sind, sondern das gesamte Positionspapier ist ein Versuch, Lafontaines Thesen als politischen Terrainwechsel vorzuführen. Das macht das Papier so unbestimmt und wichtig zugleich. Die DGB-Sprecher zeigen, dass sie für ihre Politik ein gesichertes Hinterland brauchen. Als solches begreifen sie u.a., dass über verschiedene Themen nicht mehr gesprochen wird. Durch Lafontaine wurden

folgende schon gewonnene Zonen erneut als Kampffelder eröffnet: die Selbstverständlichkeit eines Lohnausgleichs bei Arbeitszeitverkürzung — ihn irgendwo in Frage zu stellen, eröffne die Möglichkeit seiner totalen Streichung; die Auffassung, dass Teilzeitarbeit keine beschäftigungspolitische Alternative sei; dass jede Loyalität mit den Arbeitslosen zuallererst eine mit den Gewerkschaften sein müsse — indem Lafontaine die Arbeitenden untereinander verpflichte, ermögliche er einen politischen Konflikt in der »Arbeitnehmerbewegung«. Er leiste der Opferideologie Vorschub und nähere schließlich die Illusion, dass die gegenwärtigen Probleme überhaupt »wirtschaftsfriedlich« zu lösen seien. Die Warnungen der IG-Metall zeigen Voraussicht. Seit der Veröffentlichung des *Positionspapiers* hat Lafontaine zusätzlich noch die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit und zuletzt die Wochenendarbeit als mögliche Lösungen für gegenwärtige Probleme in die politische Debatte gebracht.

#### DAS BUCH: DIE GESELLSCHAFT DER ZUKUNFT

Ausgangspunkt sind Gefühle von Angst und Ohnmacht — Ziel: mehr Demokratie. Diese soll erlernbar sein:

»In einem diskursiven Lernprozess müsste der einzelne die Fähigkeit erwerben, die abgegebene Verantwortung wieder zu übernehmen.« (19)

Diesen Satz hätten wir als Motto unserer Empirie voranstellen können. Im Buch suchten wir zunächst nach den Themen, mit denen sich der Name Lafontaine in der öffentlichen Diskussion verbindet.

#### *Die Themen*

Auf diesen 272 sehr großzügig bedruckten Seiten ist von allem die Rede, was

wichtig, aktuell und zur Zeit Mode ist. Da geht es von den Krebstoten zu denen auf der Autobahn, vom Datenhorror zum Terror, von den Müllbergen, den Chemieunfällen zur Megatechnik, von Aids zum Polit-Skandal in Schleswig-Holstein über die Steuerreform zur Zinspolitik, über Gentechnologie, Kalten Krieg zum Euromarkt, zu den Frauen, Wohnungen und der neuen Innerlichkeit. Die Stichworte aus dem philosophischen und soziologischen politischen Diskurs kommen zu Wort: Dienstleistungsgesellschaft, Postmoderne, Risikogesellschaft, Zwei-Drittel-Gesellschaft, Arbeitsgesellschaft, Historikerstreit. Von Freiheit ist die Rede, von Aufklärung und Verantwortung. Es ist, als ob die Jedermannsfragen sich zusammendrängen, um von Lafontaine in neue Ordnung gebracht zu werden. Die Zeugen finden sich im Bücherschrank der Humanisten: da geht es philosophisch von Platon und Aristoteles (53), über Rousseau, Kant, Lukacs, Bloch bis Horkheimer und Günther Anders; politisch von Talleyrand über Lassalle, Bebel, Brandt und den italienischen Linksgewerkschafter Bruno Trentin bis zu Mitterrand; literarisch von Heine über Heinrich Mann, Tucholsky zu Camus. Luther tritt auf, häufig Marx, de Gaulle und Max Weber.<sup>7</sup> Dem Soziologen-Bestseller Beck ist eine Kapitelüberschrift gewidmet. Kurz, Lafontaine weist sich aus in einer Tradition des linken Bürgertums, in der auch Marxisten wohnen können. So ist auch sein Buch an »die Linke« gerichtet, geschrieben aus der »Linken«, als die er wesentlich die Sozialdemokratie versteht, soweit sie sich den anstehenden Aufgaben stellt. Diese Fragen lassen sich bündeln zu drei Schwerpunkten: Technologiepolitik, Sozialpolitik, Frauenpolitik. Quer dazu verläuft als eine Art Fundament die Demokratiefrage, die Lafontaine durchweg als »Verantwortungsproblem« artikuliert.

---

<sup>7</sup> Das Buch hat leider kein Namens- oder Sachregister: ich habe dennoch darauf verzichtet, hier eine vollständige Liste der mehr als 100 Zeugen zu erstellen; die genannten geben eine politische Orientierung.



Das Buch ist auf leichte Zustimmung hin geschrieben, anstößig gegen verbreitetes Bewusstsein nur an wenigen Stellen. Diese haben zumeist einen unerschrockenen linken Gestus, etwa wenn er Politik so charakterisiert:

»In dem Maße, in dem die Politik auch in den marktwirtschaftlichen Systemen, in denen sie kaum jemals entscheidend eingreift, die Verantwortung für die wirtschaftliche Gesamtlage übernimmt, legitimiert sie diese auf den Prinzipien des Eigennutzes und des Gewinns beruhenden Systeme als gemeinnützig.« (15)

Gegen die Neue Rechte mit ihrem Slogan »Weiter so« sammelt er die Phänomene zur Losung »So, wie es ist, kann es nicht bleiben«. Da sind die Katastrophenmeldungen, die die ökologische Krise belegen; die Arbeitslosigkeits- und Armutsstatistiken, die die soziale Krise ausweisen. Die Folge dieser Phänomene, die Stimmung von Angst, Ohnmacht und Technikverweigerung, die postmoderne Innerlichkeit und Romantik will er sozialdemokratisch umkehren. Es gelte, das Erbe der Aufklärung zu vollenden. Neue Vernunft, neues Denken, neuer Technik-Konsens. Die alten Begriffe: Fortschritt, Entwicklung der Technik und des einzelnen sollen den Rechten wieder abgenommen und mit neuem Inhalt gefüllt werden.

Zunächst konstatiert er, dass das Vertrauen in die Technik insgesamt geschwunden sei, außer bei einigen wenigen »naiven Fortschrittsoptimisten« (61). Er zitiert Zahlen (aus dem Allensbacher Institut): Betrachteten 72 Prozent der Befragten noch 1966 die Technik als einen Segen, so seien es 1981 nur noch 30 Prozent gewesen, und parallel sei die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Verbreitet sei das Bewusstsein, neue Techniken seien »Jobkiller«. »An die Stelle der ökonomischen Zusammenbruchstheorie ist die ökologische Apokalypse getreten.« (63) Er beschuldigt die sozialistische Bewegung, Vollstreckerin der Anpassung des Menschen an die Technik gewesen zu sein.

Zwischen rechtem Optimismus und linker Absage gelte es jetzt, Technik an den Menschen anzupassen. Technisch erlaubt solle nur das sein, was den Menschen angemessen sei, auch in der Zeitrechnung. Zerfallszeiten von 500.000 Jahren seien das nicht; also sei die Atomenergie nicht menschlich beherrschbar und gehöre durch die Förderung alternativer Energien und Energieeinsparung ersetzt. Auch für die Gentechnologie gibt er eine Faustregel: da der Mensch unfertig und lernbedürftig sei, auch Fehler machen könne, müssten seine Werke korrigierbar sein und rückgängig gemacht werden können. Programmierte Menschen widersprächen so dem Wesen des Menschen in jeder Hinsicht. Der Maßstab für den neuen Technikkonsens: abzulehnen seien alle Techniken, die dem Menschen wesensfremd seien und ihm nicht dienten. Das gelte außer für die Atomenergie und die Gentechnologie noch für solche Techniken, die selbst eine zu große Kontrolle nötig machten, mithin die Freiheit des Menschen einschränkten. Plädiert wird für eine ökofreundliche, eine Recycling-Technik, die sozial- und völkerverträglich sei. Technikkritik sei notwendiger produktiver Bestandteil der Gesellschaft von morgen, aber sie dürfe nicht auch die Glühbirne auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Lafontaines Skizze gipfelt in dem Versprechen:

»Von den konservativen Strategien unterscheiden sich die progressiven jedoch dadurch, dass sie nicht die gegebene Gesellschaftsordnung zum Maßstab für ein politisches Gestalten der Technik nehmen, sondern dass sie sich von dem utopischen Bild einer besseren, vernünftigeren und freien Gesellschaftsordnung leiten lassen.« (98)

Mit diesen Vorgaben hat Lafontaine weitere Politikdimensionen eröffnet:

1. Kritik sollte nicht so sehr auf die Verhältnisse und die Produktionsweise gerichtet werden, als vielmehr auf die Produkte — das lehrten die

Katastrophen des letzten Jahrzehnts; er spricht wie Günter Anders von einer »moralischen Überforderung der Menschen durch ihre Produkte« (44) und schlussfolgert:

»Da wir jedoch heute durchaus in der Lage sind, Produkte herzustellen, durch die das Leben der Menschen auf unabsehbare Zeit festgelegt wird, gilt der Grundsatz der Aufklärung, dass die Menschen ihre eigene Geschichte machen, nur so lange, als sie nicht alles machen, was machbar erscheint.« (45)

Eine neue Verantwortungsethik in der Politik und bei jedem einzelnen sollen hier greifen. Die Bürger sollen in einen technologiepolitischen Dauerdiskurs einbezogen werden. Das begrenzt nach dieser Seite hin ihr politisches Handeln, bereichert es aber auch zugleich um eine bisher ungekannte Dimension: Angehört zu werden bei der Wahl der Produkte. Dies wäre zweifellos »mehr Demokratie«.

2. Die Verantwortungsethik bei der Forschung und beim Einsatz neuer Technologien bezieht den Staat nicht nur — wie bisher — als Finanzquelle ein, Technikpolitik soll überhaupt zum entscheidenden Handlungsfeld des neuen Staates werden (90ff). In der Koexistenz von Kapital und Staat, Markt und Plan soll der Staat zugleich stärker werden und die Marktwirtschaft nicht mehr alleiniges Prinzip gesellschaftlicher Regulation sein.

3. Nicht zuletzt die Umweltschäden legen ein beredtes Zeugnis davon ab, dass Kapital und Zins die nationalen Grenzen nicht einhalten. Ein historischer Rückblick soll zeigen, dass die Internationalität der Arbeiterbewegung hingegen weitgehend illusionär war. Ohne viele Umstände wird die Diskussion um den Begriff »Nation« erledigt zugunsten von Europa als Minimalgröße für die aktuellen Aufgaben insbesondere in der Technologiefolgenpolitik. Der »Historikerstreit« wird erwähnt und die Lehre gezogen, dass

die Bundesrepublik sich selbstkritisch auf ihre Geschichte beziehen müsse. Gerade dies mache die BRD und wegen ihrer Internationalität die Sozialdemokratie zu prädestinierten Vollstreckern von Europa als politischer Gemeinschaft.

Die Bewegung geht also nach unten zur Einbeziehung der Bürger in die Produktdiskussion; nach oben zur Vergrößerung der Staatsmacht, um Technik gesellschaftsverträglich zu gestalten, und nach außen, um mit Europa gegen die »Multis« ein machtvolleres politisches Subjekt zu positionieren. Die Vorschläge werden im Einzelnen recht konkret, so wenn Pilotprojekte für jede neue Technik und ein Netz von Beratungs- und Forschungsinstitutionen zur Technikeinschätzung gefordert werden. Wenngleich der Staatsbürger tatsächlich ein wenig mehr ins politische Handeln einbezogen werden soll als bisher, geht es im Wesentlichen um die Handlungsfähigkeit des Politikers, nicht der Produzenten (wie der wiederholte Bezug auf Marx glauben ließ). Insofern bleiben die Subjekte des Handelns häufig mehr als vage. So taucht als beliebtes Subjekt »die Gesellschaft« auf oder »der Mensch«, zuweilen auch »die Technik« (etwa 50ff) — wiewohl solcher Fehlgriff an anderer Stelle wiederum als »grünes Missverständnis« entziffert wird —, so dass die Anrufung »der Linken« dagegen schon fast eine genaue Positionsbestimmung zu sein scheint.

### *Sozialpolitik*

In Fragen der Technik und des neuen Konsenses spielt Lafontaine auf dem Klavier der Denk- und Gefühlsgewohnheiten, versammelt die Bestseller des Geistes und die aktuellen Haltungen und bündelt sie zur Verkündung: die Linke käme ohne Prinzip Hoffnung nicht aus. Ihre Utopie der Freiheit sei Mitmenschlichkeit, Solidarität. Letztere sei der Gegenbegriff zum Eigentum, welches Grundlage von Ausbeutung, Raub und Ausgrenzung und inneres

Band der Rechten sei. Auf diesem sehr allgemeinen Feld stellt sich das Problem der Arbeitslosigkeit.

Rückblickend charakterisiert er das bisherige Programm der Arbeiterbewegung, unter selbstverständlicher Verwendung marxistischen Vokabulars, als ein linkes sozialstaatliches Versicherungssystem. Wegen der »doppelten Freisetzung« der Lohnarbeiter sei der Individualisierungsprozess nicht als Gewinn, sondern als Verelendung erfahren worden. Dagegen stehe das Programm der staatlich geschützten kollektiven Solidarität. In Zeiten des Überflusses habe die Sozialdemokratie zu spät bemerkt, dass nicht Hunger, sondern Mangel an Geborgenheit für das heutige Bewusstsein bestimmend sei, die soziale Sicherung als alleiniges Programm mithin die Menschen in die Arme rechter Wendepolitik treibe. Er skizziert die Entwendung der Begriffe Freiheit (als Entstaatlichung) und Abbau des Staates (als Privatisierung) und sucht gegen die Auffassung, die SPD liefere das Individuum der Macht der Verbände aus (121), neue Formen, in denen Sozialhilfe menschliche Solidarität vermitteln soll. Mit diesen wenigen Bestimmungen formuliert er sozialpolitische Vorschläge. Arbeitslosigkeit sei zwar technisch befördert, im Kern jedoch »unzureichende gesellschaftliche Organisation« (125). Wichtig im solidarischen Miteinander sei zunächst eine soziale Grundsicherung für alle, welche die bisherigen Formen des sozialen Netzes mit geringem bürokratischem Aufwand ersetzen könne. Als konkrete Utopie nennt er zusätzlich: »gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit« durch Verkürzung der Arbeitszeit; und »die Neudefinition der Arbeit«: sie hebe »den Begriff der Arbeitslosigkeit auf, indem Weiterbildung und Umschulung als Tätigkeiten begriffen werden für die Selbstverwirklichung des Menschen« (83). In seinem Vorschlag, die gesellschaftlich notwendige Arbeit ins Zentrum der Betrachtung zu ziehen, bezieht er sich wieder auf Marx. Damit sei es möglich,

vor allem die hinter dem Rücken der Erwerbsarbeit geleistete Arbeit — vorwiegend der Frauen — ins gesellschaftliche Projekt gleichwertig einzu-beziehen, zum Beispiel die bisher unbezahlte Versorgung alter Menschen, die Pflege von Kranken, das Großziehen von Kindern (82).

Die vorgeschlagene »Grundsicherung« gehört zu den öffentlich, wenn auch mit wenig Aufsehen diskutierten Themen. Der Vorschlag, die höheren Einkommen bei Arbeitszeitverkürzung nicht voll auszugleichen, findet sich im Buch selbst nicht, folgt jedoch in der Logik der solidarischen Verantwortung füreinander durchaus dem darin entwickelten Standpunkt. Die wenigen Hinweise für ein sozialpolitisches Konzept wären aber unzureichend dargestellt ohne Lafontaines Vorstellungen zur Lage der Frauen.

### *Frauenpolitik*

Der Frauenfrage widmet Lafontaine 30 Seiten des Buches. Es sind die besten Ausführungen zur Frauenproblematik, die ich bislang aus sozialdemokratischer Feder lesen konnte.<sup>8</sup> Zunächst erinnert er an die Verbindung von Militarismus, Nationalismus und Männlichkeit, die im Taumel des Ersten Weltkriegs den Internationalismus des Proletariats erdrückte. Er äußert die Hoffnung, dass vielleicht mit der Gleichstellung der Frau der Solidarität zum Durchbruch verholfen werden könne (197). Er kritisiert die schenkelklopfende Heiterkeit, die schon die bloße Nennung der Frauenfrage in seiner Partei auslöse, und verspricht, aus der Frauenbewegung zu lernen. Er kommt zu dem Schluss, dass die Frauenfrage ein strukturelles Problem der

---

<sup>8</sup> In ihrer Antwort auf die Herausforderung durch Marion Schreiber im Spiegel können die drei Sozialdemokratinnen Däubler-Gmelin, Wiczorek-Zeul und Wettig-Danielmeier leider überhaupt nichts mit den Lafontaineschen Vorstellungen zur Frauenfrage anfangen. — Andererseits berichtet die FAZ von einer gemeinsamen Pressekonferenz, in der sich Wettig-Danielmeier und Lafontaine in den Hauptpunkten einig gewesen seien.

Industriegesellschaft bzw. des mit ihr verbundenen Systems der Arbeitsteilung sei. Eine knappe historische Rekonstruktion zeigt die unterschiedlichen Forderungen der frühen bürgerlichen (nach Arbeit und Bildung) und der späteren proletarischen Frauenbewegung (für bessere Arbeitsbedingungen); dazwischen die Dienstboten, die Prostituierten. Aus der langen Rechtlosigkeit und der nach der Gleichberechtigung anhaltenden sozialen Benachteiligung der Frauen und dem Antifeminismus in der Gesamtgesellschaft wie auch in der Arbeiterbewegung zieht er den Schluss, dass zwei Faktoren gegen die Gleichstellung der Frau stünden: das allgemeine Bewusstsein und die historische Arbeitsteilung. Er ist der Auffassung, dass die Frauen die Unterdrückung alleine nicht überwinden werden. Auch die Quotierung in Beruf und Politik reiche nicht, da die Mehrheit der Frauen wegen der Familienpflichten nicht in der Lage sei, die freigehaltenen Plätze auch einzunehmen. Weitere Voraussetzungen für die Frauenbefreiung seien der 6-Stunden-Tag, der es Männern ermöglichen würde, zusätzlich zum Beruf Aufgaben der individuellen Reproduktion wahrzunehmen und umgekehrt den Frauen, eine Berufsarbeit überhaupt in Betracht zu ziehen. Notwendig sei die Neudefinition des Arbeitsbegriffs. Als gesellschaftlich notwendige Arbeit soll Arbeit im Hause durch ein Mindesteinkommen abgesichert, gesellschaftlich anerkannt sein. Dieses Mindesteinkommen soll zudem die Möglichkeit eröffnen, andere Familienformen als die Kleinfamilie mit einem männlichen Ernährer anzustreben.

»Die meisten Männer ... halten am herkömmlichen Familienmodell, an der traditionellen Aufteilung von weiblicher und männlicher Rolle in der Kleinfamilie fest ... Indem die Frauen die Fesseln ihrer herkömmlichen gesellschaftlichen Rolle sprengen, stellen sie mehr und mehr das gesamte System der industriellen Arbeitsorganisation und -verteilung in

Frage, das die unbezahlte Familienarbeit zur notwendigen Voraussetzung hat.« (218)

Lafontaine liefert Zahlen zur Lage von Frauen: So erwähnt er, dass Männer in der Regel ein doppelt so hohes Arbeitslosengeld beziehen wie Frauen. Im gleichen Kontext führt er vor, dass die meisten Fraueneinkommen so niedrig sind, dass es nicht möglich sei, davon selbständig zu leben. Er dokumentiert einen Wandel in den Auffassungen der Mädchen: dachten 1962 noch 89 Prozent, Frauen, die ein Kind bekämen, müssten heiraten, so waren es 1982 nur noch 40 Prozent. Er zieht die Bilanz: das System der Aufspaltung in Berufs- und Familienwelt sei ins Wanken geraten, hier seien die Frauen die Unruhigen, die sich ihrer Lage bewusst werden. Die Linke müsse die Gesellschaftsstrukturen ändern, um zur »wirklichen Gleichberechtigung der Frauen« beizutragen.

»Weil offenkundig mehr Frauen als Männer durch ihre Erfahrungen für das gesellschaftliche Ungleichgewicht sensibilisiert worden sind, würde die Einführung einer Quotenregelung wahrscheinlich mithelfen, eine auf strukturelle Gesellschaftsveränderung zielende Politik umzusetzen.« (223)

Als erste Schritte empfiehlt er, die Ausbildung von Frauen zu verbessern — insbesondere qualifizierte Arbeitsplätze mit neuen Technologien für sie vorzusehen; das Umdenken mit den Begriffen Arbeit und Familie zu beginnen; das gesellschaftliche Arbeitsvolumen unter Einbeziehung aller Arbeiten neu zu erfassen; die familien- und frauenfeindliche Struktur der organisierten Arbeitswelt zu verändern; die Steuergesetze und den Wohnungsbau auf andere als bloß die Kleinfamilienform auszurichten.

Wie schon erwähnt, gab es auf diese Thesen kaum ein Echo bei den Frauen — weder in der SPD noch sonst wo. Stattdessen gab es ein großes Entsetzen



in der Linken. Die neuen Profilierungen von Lafontaine hatten ihn, so hieß es, über die Mitte hinaus in die Rechte getrieben. Tatsächlich ist unschwer sichtbar, dass die Unternehmer und die Kapitalverhältnisse aus dem Zentrum der Analyse rücken. Dies geschieht dadurch, dass Fragen der Ökologie und der Technik, der Produkte und der Frauen ins Zentrum gebracht werden. Weibliche Arbeit zu Hause auf den gleichen Rang wie die Erwerbsarbeit zu heben, stellt die zentrale Bedeutung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft für die gesellschaftliche Produktion und damit als politischen Faktor in Frage. Sozialistische Feministinnen finden sich hier an einem heiklen Punkt. Soll alles bleiben wie bisher, damit die vorwiegend männlich organisierte Arbeitnehmerschaft ihre historische Rolle wahrnehmen kann, und nimmt sie sie eigentlich wahr? Man kann am Kampf um die Quotierung (in der SPD) und an den Pressereaktionen auf den Parteitagsbeschluss gut ablesen, wie sehr die Beibehaltung der Frauenunterdrückung die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse blockiert.<sup>9</sup> Lafontaine verspricht, die Frauenunterdrückung durch langfristige Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu bekämpfen. Dieser Auffassung war auch Marx, auf den er sich beruft. Die Aufhebung müsste (folgt man Marx) insbesondere die Teilungen in Kopf- und Handarbeit, in Stadt- und Landarbeit, in Männer- und Frauenarbeit betreffen. An die Stelle der Kopf- und Handarbeit setzt Lafontaine den Gegensatz interessante, sinnvolle Arbeit versus Detailarbeit — das ist sicher eine zeitangemessene Umformulierung, drängt allerdings wiederum den mit der Kopf/ Hand-Trennung einhergehenden Klassenwiderspruch ins Abseits. Die Stadt/ Land-Trennung wird in den industrialisierten kapitalistischen Ländern als Ausbeutung der Dritten Welt gelebt. Lafontaine erwähnt dies, allerdings hat es in seiner Analyse keinen systematischen Stellenwert. Die Trennung in Frauen-

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu meine Analyse in: Jahrbuch der Hochschule für Wirtschaft und Politik 1989.

und Männerarbeit besetzt das entscheidende Regelungsprinzip unserer Gesellschaft: Produziert wird nur, was Profit bringt. Diese Anordnung braucht eine Schicht von Halbmenschen, die die nicht profitlich betreibbaren, aber leider notwendigen Dinge besorgen, damit die einzelnen in Gesellschaft überhaupt überleben können. Je nach politischer Unterstützung des Profitsystems kann das mehr werden (Privatisierung sozialer Aufgaben). Ein Umbau solcher Verhältnisse setzt die Aussetzung des Profitmotivs als gesellschaftliches Regelungsprinzip voraus. Dafür ist es höchste Zeit, da nicht nur die Frauenfrage verspätet auf der Tagesordnung steht, sondern mit ihr die Frage der Zerstörung der Natur, der Überhandnahme schädlicher Produkte etc. An die Stelle des Profits als zentrales Regelungsprinzip muss die gemeinschaftlich geregelte Produktion treten. Dies kommt bei Lafontaine als systematisches Moment der Veränderung der Arbeitsteilungsstrukturen nicht vor. Nicht nur die Erwerbsarbeitszeiten müssten kürzer werden und die übrigen Tätigkeiten verallgemeinert, auch das Politische bedarf der systematischen Verankerung in den Alltagstätigkeiten der Menschen. Freilich bleiben solche Gedanken auch nicht einfach ausgespart. Es ist Perestrojka-Zeit. Lafontaine spricht ja von der Zurücknahme des Staates in den Staatsbürger, von mehr Demokratie, von der Mitbestimmung und Planung bei technologischen Entscheidungen bis hin zur Produktwahl durch die Arbeitenden. Man kann nachweisen, dass dies hauptsächlich »Verantwortung« und »Teilen« meint, man kann ihn aber auch anders zitieren und sich beim Ausbau einer Demokratie von unten auf ihn berufen.

Ich spare mir eine ins Einzelne gehende Beweisführung, wo Lafontaine etwa das Marxsche Reich der Freiheit mit der Zunahme an Freizeit verwechselt oder ähnliches. Er möchte die Gesellschaft von innen heraus verändern. Offenbar ist er der Auffassung, dass die Unternehmen so viele Gewinne

machen, dass umfassende Eingriffe in die Arbeitsteilung und die soziale Sicherung möglich sind, ohne dass marktwirtschaftliche Prinzipien aufgegeben werden müssen. Die Politik soll so nicht planwirtschaftlich vorgehen, freilich aber »unnütze« Produktion, wie etwa die »Weltraumforschung« und die »Rüstungsproduktion« untersagen; sie soll für die Lebensfähigkeit ebenso sorgen wie für Gerechtigkeit.

#### EMPIRIE — POLITISCHE DISKUSSION ALS LERNPROZESS

Was als Befürchtung im IG-Metall-Positionspapier deutlich wird — die Eröffnung von Diskussionsfeldern — war uns<sup>10</sup> umgekehrt Hoffnung. Die Gewerkschaften schrieben aus der Defensive; wir wollten prüfen, ob nicht auch eine Offensive möglich wäre, Änderungswillen und die Lust zum Eingreifen in der Bevölkerung freigesetzt werden könnten.

Bei der Lektüre der Presse war uns wichtig, welche Themen neu auftauchten und breit diskutiert wurden, welche abgewehrt, über welche anderen geschwiegen wurde. In unserer Auswertung war u.a. sichtbar geworden, dass eines der Tabuthemen unserer kapitalistischen Gesellschaft, ihre Gemachtheit und also Änderbarkeit — sei es in Abwehr, sei es eingeklagt bei Lafontaine — plötzlich Thema war.<sup>11</sup> Ebenso war ein Demokratisierungsschub unübersehbar: Themen wurden z.B. die Wahl der zu produzierenden Produkte, die Arbeitszeit, ja, die Planung der angemessenen Gesellschaft. Selbst wenn solche Wendungen in kritischer Abwehr formuliert waren, eröffneten sie doch dieses Feld der Teilhabe an Gesellschaft neu. Zugedeckt

---

<sup>10</sup> Im Praktikum des 54. Lehrgangs an der Hochschule für Wirtschaft und Politik arbeiteten mit: Ursula Blau, Ina Braun, Wiebke Denker, Christiane Glatzel, Claus-Peter Hansen, Johanna Jastrow, Stefanie Katz, Susanne Krauß, Bernd Loest, Matthias Muss, Kirstin Pfefferkorn, Ulf Pradel, Karl Schaaf, Kerstin Schumann, Giovanni Sciorba, Hans-Jürgen Sievertsen, Heinke Steinhäuser, Gerda Stammer, Marlies Strehlow.

<sup>11</sup> So unter vielen anderen in der FR durch Peter von Oertzen.

zwar durch eine Hysterie von Armut und Verzicht wurde die Ungleichheit in unserer Gesellschaft Tagesthema. Mit dem, wenn auch durch Ressentiment blockierten, Gleichheitsverlangen wurden utopische Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft neu entfacht. Themen der neuen sozialen Bewegungen wurden salonfähig, und insbesondere die Diskussion aus der Frauenbewegung über den Wert der von Frauen geleisteten Arbeit im Privaten tauchte plötzlich auf als Verhandlungsgegenstand zwischen SPD und DGB.<sup>12</sup>

Wir beschlossen, die Verwerfungen, die die Vorstöße Lafontaines und der Presse in der Bevölkerung ausgelöst hatten, in einigen qualitativen Gruppendiskussionen und Einzelinterview<sup>13</sup> exemplarisch zu untersuchen. Unser Vorgehen sollte zugleich den Zweck haben, uns selber — also das Seminar — als auch die Gruppe der Befragten in einen politischen Lernschub einzubeziehen.

Wir wählten vier Themen: Wiewohl wir die *Lohnverzichtsthese* auch als ein Produkt einer an der Spaltung von SPD und Gewerkschaften interessierten Presse wahrnahmen, bezogen wir sie als erstes Thema in unsere Untersuchung ein, gerade weil *sie vor* dem Studium des Lafontaineschen Buches unsere eigenen Köpfe am meisten beeindruckt hatte. Da die Studenten des Zweiten Bildungswegs durchweg nicht besser als Sozialhilfeempfänger leben, waren sie besonders an der Aufnahme der Idee eines *Mindesteinkommens* für alle interessiert. Am weitreichendsten und in der Presse kaum berührt schien uns die Frage der *Erweiterung des Arbeitsbegriffs*. Schließlich wollten wir in der Lawine, die durch Lafontaine losgetreten worden war, das Veränderungs-

---

<sup>12</sup> Eine der ganz wenigen, die auf die verpassten Chancen in der Auseinandersetzung mit Lafontaine aufmerksam machte, ist Ingrid Kurz-Scherf in der FR (26. u. 28.3.88); empört über die Versäumnisse der Frauen in der SPD, die sie darum als Männer tituliert, schreibt Marion Schreiber im Spiegel Nr.10.

<sup>13</sup> Die Auswertung der Einzelinterviews, in denen die Studenten im Unterschied zu den Gruppengesprächen in den Befragungsprozess eingriffen, erfolgt in diesem Beitrag nicht.

potenzial, das in der Bevölkerung vorhanden ist, sondieren. Wir wählten also als vierten Themenschwerpunkt: *Utopien*.

### *Methode und Sample*

Das Studium der Presse hatte uns nachhaltig in Erinnerung gerufen, dass widersprüchliche Argumentationen friedlich koexistieren, wenn der Schreiber nur daran denkt, jeweils unterschiedliche Gefühle zum Bündnis für die divergierenden Argumente anzurufen. Um solche Redeweisen in Bewegung zu bringen, haben wir die Widersprüche in die Methode der Erhebung eingebaut. Zu jedem Themenkomplex sammelten wir die einander ausschließenden Beweisführungen und rückten sie so dicht aneinander, dass die Befragten gezwungen waren, mit den Widersprüchen zu arbeiten. In dieser Weise wollten wir erreichen, dass Gehörtes oder Gelesenes nicht einfach nachgesprochen, sondern in den Widersprüchen ein eigener Standpunkt herausgearbeitet wurde.

Da unsere Möglichkeiten beschränkt waren, konnten wir nur 50 Menschen exemplarisch in die Untersuchung einbeziehen. Wir stellten Gesprächsgruppen zusammen nach sozialen Kriterien, die in einem Zusammenhang mit den Themenschwerpunkten standen: 1. *Gewerkschafter* (2 Gruppen), in der Hoffnung, dass sie über die Abwehr hinaus Gedanken zur Gesellschaftsveränderung am bewusstesten vortragen könnten. 2. *Arbeitslose*, in der Annahme, dass sowohl der Vorschlag, die Arbeitslosigkeit mit einem Beitrag der Höherverdienenden anzugehen, wie das Mindesteinkommen ein besonderes Echo bei ihnen hervorrufen würden. 3. *Ehrenamtlich Tätige*, weil wir annahmen, dass sie zu einer Diskussion um einen veränderten Arbeitsbegriff Neues beitragen könnten, da sie alltäglich bewusst unbezahlt für andere arbeiten. 4. *Hausfrauen*, weil sie als mögliche Nutznießer im Zentrum aller

Vorschläge stehen, ohne dass sie bislang selbst dazu angehört wurden. 5. Menschen aus *alternativen Projekten*, weil sie im Kleinen schon eine veränderte Gesellschaft ausprobieren und ebenfalls einer strikten Lohn-Arbeit-Auffassung nicht notwendig folgen. 6. Aussteiger oder Randgruppen, die sich selbst *Autonome* nennen; wir nahmen an, dass sie weitreichende Veränderungsvorstellungen hätten. 7. Diejenigen, die von der Lohnverzichtsthese direkt betroffen waren, die *Über-5000-DM-Verdiener* (im folgenden Höherverdienende genannt). 8. Schließlich eine Gruppe, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht und gewöhnlich als Durchschnitt gefasst wird: *Normalerwerbstätig*, weniger als 5000-DM verdienend, nicht im Funktionärsstab der Gewerkschaften. Seltsamerweise konnten wir uns am wenigsten vorstellen, wie diese Gruppe die einzelnen Thesen aufnehmen würden.

### *Lohnverzicht*

Unsere Vorgabe für dieses Thema enthielt folgende widersprüchliche Informationen: die Behauptung, die Geldmenge, die eingespart werden könnte, wenn die Höherverdienenden bei einer Arbeitszeitverkürzung auf einen Lohnausgleich verzichteten, sei sehr gering; wir lieferten Daten, wie viele Menschen tatsächlich so viel und mehr verdienen (15 Prozent) und wie viele Arbeitsplätze davon finanziert werden könnten.<sup>14</sup> Wir wiesen die Wachstumsraten bei den Unternehmergewinnen im Unterschied zu den Arbeitslöhnen in den letzten vier Jahren aus (42,6% vs. 2,5%) und betonten die sehr ungleiche soziale Lage zwischen denen, die gut bezahlte Arbeitsplätze haben, und den Arbeitslosen. Wir formulierten die Notwendigkeit einer

---

<sup>14</sup> Ingrid Kurz-Scherf errechnet, was der Lohnverzicht der Höherverdienenden wirklich erbringen würde. In einer Modellrechnung kommt sie zu dem Ergebnis: »Der Beschäftigungseffekt dieses Modells einer Arbeitszeitverkürzung in der Gesamtwirtschaft beträgt 1,8 Millionen; der Lohnkosteneffekt für die Unternehmer jährlich 3,5 Prozent.« (FR 28.3.1988)

Einkommensnivellierung und wiederholten die Argumente der Gewerkschaften, dass in der Tarifrunde von politischer Seite nicht eingegriffen werden dürfe.<sup>15</sup>

Unsere erste Gewerkschaftsgruppe — drei männliche Funktionäre — liest unsere Vorgaben auf Wiedererkennbares: »Zunächst mal ist auffallend, dass hier die gewerkschaftliche Position wiedergegeben wird und das, was sonst so sich in der Diskussion befindet. Ist ja auffallend. Es ist wahrscheinlich müßig zu fragen, welcher Position wir zuneigen.« Das Feld ist vorbereitet: Klar und unerschütterlich stehen da die Kontrahenten: Kapital und Arbeit; verantwortlich für die Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer und ihr Verlangen, die von ihnen verursachten Probleme auf diejenigen, »die ohnehin die Lasten tragen«, abzuwälzen. Unvermutet wird Arbeitslosigkeit ein reines Versorgungsproblem — als Lösung wird eine Maschinensteuer vorgeschlagen. Gefragt wird, wie wir in einer zukünftigen Gesellschaft die anstehenden Aufgaben von Ökologie, Sozialem und Ressourceneinsparung durch bezahlte Arbeit tätigen können. Die ungewollte Nähe zu einigen Argumenten Lafontaines wird in widersprüchlicher Weise abgebogen. Die Gewerkschafter mutmaßen, dass seine Vorschläge auf einige Akzeptanz — insbesondere bei Intellektuellen — stoßen würden:

»... die sagen, Gewerkschaften sind bisher immer Lohnmaschinen gewesen, die paar Mark mehr interessieren uns gar nicht; wir hätten viel mehr Interesse daran, mehr Freizeit zu haben ... Wir machen vermutlich einen Fehler, wenn wir ihn [Lafontaine] zu pauschal aburteilen und ihn einordnen in die Reihe derjenigen, denen es wirklich nur darum geht, zugunsten des Kapitals die Gewerkschaften zu disziplinieren.«

---

<sup>15</sup> Im Ganzen haben wir dabei unsere Gesprächsleitfäden ein wenig zu komplex gestaltet, so dass die Fruchtbarkeit der Methode durch Überinformation ein wenig reduziert wurde.

Weitere Überlegungen werden durch die paradoxe Behauptung abgeschnitten: Lafontaines Thesen sind nicht neu, sie sind sowohl vom »Arbeitgeberverband« als auch von »Lothar Späth« und »von den Gewerkschaften« längst geäußert worden.

In unserer zweiten *Gewerkschaftsgruppe* diskutieren eine Vertrauensfrau aus der Vertrauensleuteleitung in einer Lagergesellschaft (ÖTV), eine spanische Kollegin aus der HBV und ein männliches ÖTV-Mitglied aus der städtischen Verwaltung. Sie beginnen sofort mit der Analyse der in unserer Vorgabe erkennbaren Position, die sie als die von Lafontaine, »nicht die der Gewerkschaften, die ja Fakt ist«, identifizieren.

»Für mich wird da viel mit Moral begründet, also Elend. Den einen geht es gut, den anderen schlecht. Wenn wir nicht bereit sind, etwas von dem Vielen, was wir haben, abzugeben, verursachen wir Armut. Wir sind schuld, dass eine bestimmte Bevölkerungsgruppe im Elend leben muss. Und deswegen müssen wir uns tüchtig ranhalten, solidarische, wahnsinnig gute Menschen sein und von dem guten Verdienst dem Anderen etwas abgeben.«

»Das ist christliche Soziallehre«, sagt der Mann, »damit soll abgelenkt werden, dass es den Unternehmern insgesamt prächtig geht, dass das ganze Kapital um die Weltmärkte vagabundiert.«

Trotz solch starker Worte äußern auch sie die Vermutung, dass »diese These von Lafontaine bei den Leuten auf Akzeptanz« stoße. Dieser Umstand macht es notwendig, sich »das Ganze als eigenes Politikproblem« vorzulegen. Hier kommen sie zu überraschenden Schlüssen: die »Katastrophe« liege nicht im Zeitpunkt der Lafontaineschen Vorschläge oder darin, dass sie ein Zerwürfnis zwischen Gewerkschaften und Partei hervorbrächten oder gar die Arbeitnehmer spalteten: dies sei vielmehr alles schon vorher der Fall gewesen.



Problematisch sei, dass die Gewerkschaften tatsächlich auf dem angesprochenen Feld keine Alternativen hätten, die Vereinzelung groß sei und dagegen die lafontaineschen Thesen auf Grund ihrer Anrufung der Gefühle positiv aufgenommen werden könnten. Die Akzeptanz gerade unter jüngeren Gewerkschaftern sei groß. Ihre Schlussfolgerung läuft schließlich auf eine basisdemokratische Erneuerung heraus: Man müsste von Gewerkschaftsseite »Diskussionszirkel durch die Republik« und in den Betrieben machen, »es zum Thema machen«, »breit diskutieren und nicht nur in den Medien, in den gleichen bürgerlichen Medien, die so geil auf diesen Lafontaine reingefallen sind und ihm auch ein Spektrum geboten haben«. Gegen die allgemeine Resignation wegen der Erfolge der Rechten müsse man das Gefühl vermitteln, »dass man überhaupt etwas machen kann«. — Übrigens ist es beiden Gewerkschaftsgruppen kein Problem, dass tatsächlich 15 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung mehr als 5000 DM monatlich verdient.

Umgekehrt nimmt einer, der im Monat 418 DM Sozialhilfe bekommt, die Diskussion um den Lohnausgleich der »Über 5000er« als »Astrologie« wahr, ja, sie erscheint selbst als Teil eines großen Schwindels. Diese Stimmung durchzieht das Gespräch der *Autonomen* und bestimmt die widersprüchlichen Stellungnahmen. Es diskutieren drei Männer zwischen 20 und 30 Jahren, von denen einer Arbeitslosenhilfe erhält und zwei Sozialhilfeempfänger sind. Sie leben in einem »alternativen Viertel« Hamburgs. Da gibt es den Zweifel, ob die ganze Sache nicht erfunden ist: »Ja, aber ein Arbeitnehmer, der 5000 DM monatlich verdient, ist für mich ein Großkapitalist. Also ohne Scheiß jetzt. 5000 DM ist kein Arbeiterlohn. Das ist ... Gibt es sowas überhaupt, ein normaler Arbeiter, der soviel Geld verdienen kann?«

Wilde Vermutungen über die Gehälter der Politiker lassen im Himmel der schreienden Ungerechtigkeiten Staat und Unternehmer zusammenwachsen.

»Kapital ist auch so schon genug da, um Arbeitsplätze zu schaffen, wenn es nicht für andere Sachen wie Rüstung und Genforschung ausgegeben werden würde. Für moderne Forschung, die wir eigentlich gar nicht brauchen. Das setze ich nicht direkt an den Großkapitalisten fest, wie Krupp und Mercedes-Benz, die in der ganzen Welt ihre Firmen haben, sondern überhaupt am Staatssystem, am Staat selber. Auch die Leute, die keine Großunternehmer sind und trotzdem das dicke Geld machen. Da wird soviel Geld verpulvert, dass für uns einfach nichts übrig bleibt. Und das war schon ziemlich lange so. Sozialhilfesatz 418 DM sage ich da nur. Das ist echt nix, nö. Und 5000 DM, das sind utopische Summen gleich, da müsste ich 10 Monate warten bis ich 5000 DM zusammen habe und dürfte keinen Pfennig davon ausgeben, nö. Und dann habe ich nicht mal 5000.«

Dazwischen versuchen die einzelnen, ihre Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft darzutun: Lohn soll streng nach Leistung bestimmt werden und außerordentlich differenziert ausfallen. Zunächst wollen sie Lohnkürzungen. Das Problem der Durchsetzung solcher Pläne wirft sie zurück in den Zorn über »die da oben«. Das Arbeitslosigkeitsproblem wird als eines der Verteilung von Geld zur Existenzsicherung gesehen. Lafontaine wird erfahren als Schwätzer, der leichtfertig Hoffnungen weckt. Da sie seine Thesen nicht kennen und unsere Vorgaben nur ungenügend zur Kenntnis nehmen, glauben sie zudem, er wolle die Gewinne der Unternehmer umverteilen. Am Ende begreift einer:

»Halt. Ich bin erst jetzt während der Diskussion hinter dieses Thema gestiegen, und ich denke, es ist eine große Schweinerei, wenn der Arbeiter den anderen Arbeiter unterstützen soll, wenn der erste auf Lohnverzicht eingeht und seinem zweiten Kollegen, der arbeitslos ist,

mit der Hälfte seines Gehalts 'ne Arbeitsstelle freimacht. [...] Aber andererseits sind 5000 DM auch wieder viel zu viel. Oh, Mann, das ist echt unmöglich.«

Es dämmert ihnen, dass es der Maßstab der Gerechtigkeit ist, der sie in Widersprüche bringt. Ungerecht ist beides, der Lohn über 5000 DM und die Umverteilung der Lasten unter den Arbeitenden.

Die *Arbeitslosen* aus einer Arbeitsloseninitiative — drei Männer zwischen 24 und 45 Jahren, ein Lehrer, ein Kaufmann, ein Jungfilmer — äußern Gefühle der Ohnmacht.

»Das ist ja die richtige Solidarität, aber das gibt es nicht. Diese eingesparten Beträge gehen dem Unternehmer im Gewinn zu und nicht den Arbeitslosen, bin ich fest der Meinung. Denn die Macht der Unternehmer ist so gewaltig, dass sie sich die Menschen, die Ware Mensch, heute aussuchen können zu welchem Preis auch immer.«

Ein Lohnverzicht erniedrige den Arbeitnehmer; die Arbeitszeitverkürzung bringe für die Arbeitslosen nichts; die Firmen gingen ins Ausland, heuerten dort billige Arbeitskräfte an. Das Wenige, das den Höherverdienenden abgenommen werde, verschwinde, soweit es nicht direkt den Gewinnen zugeschrieben werde, in den Armen der Bürokratie. Zudem trage eine solche Lösung zum Hass zwischen den Arbeitnehmern bei und nütze nochmals den Unternehmern. Die Positionen ändern sich nicht während des Gesprächs, das fast die Form von Verlautbarungen hat. Nur der Jungfilmer findet von Anfang an Gefallen am Vorschlag, hält ihn für einen Beitrag zur Solidarität, zur Hebung eines Gemeinschaftsbewusstseins, fürchtet aber ebenso die Macht der Unternehmer.

In der *Hausfrauengruppe* diskutieren drei ehemalige Kauffrauen zwischen 30

und 40 Jahren. Zusammen haben sie 7 kleine Kinder. Zwei »arbeiten« nebenher noch 10 bis 15 Stunden in der Woche als Kellnerin, als Schneiderin. Zwei besuchen einen Hauswirtschaftskurs. Zunächst sind sie misstrauisch gegen unsere Zahlen über das Verhältnis von Lohnzuwachs und Unternehmergewinn: »Also ich weiß jetzt nicht, in welchem Unternehmen das ist, das sind jetzt nur Zahlen hier«, sagt eine. Nach der Auskunft, dass es sich um Durchschnittswerte handele, äußert eine andere: »Das ist natürlich sehr ungerecht.« Unternehmer scheinen außerhalb alltäglicher Rationalität zu sein: Sie wollen immer mehr Gewinne, kaufen Maschinen, die teurer sind als Menschen und bedienen sich des Zaubermittels der Abschreibung. Vom Unternehmergehalten geht es zum Verhalten von Arbeitenden. Lohnverzicht wird subjektiv verstanden: warum verzichten Leute auf Lohn? Diskutierend werden Motive herausgearbeitet: Feigheit aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes — so, wenn eine heimlich in der Freizeit sich Wissen aneignet, um an den neuen Maschinen zu bestehen — oder Reichtum — man kann es sich leisten. Das Hausfrauengespräch ist das einzige, in dem die Frage der Arbeitslosigkeit überhaupt als das zu behandelnde Problem ernsthaft aufgenommen wird. Sie interessieren sich darüber hinaus für die Garantie der Arbeitsplätze und für ihre Qualität. Es überwiegt ein Misstrauen über die Geldverwendung, die sie staatlich geregelt denken. Die Staatsregelung führt sie wieder zur Frage der Gerechtigkeit. Sind so ungleiche Einkommen nicht insgesamt ungerecht? Kann man soviel »schaffen, lernen, verantworten«? Die Fragen, auf die sie selbst kommen, scheinen ihnen ungehörig. Einkommensregelung mahnt an Kommunismus, und Demokratie ist, wenn jeder auf sich selbst gestellt ist und verdienen kann, wie er will.

Unsere Gruppe der *Ehrenamtlich Tätigen* fanden wir in einem »Verein für unbelastete Nahrung«. Es diskutieren zwei Frauen, eine 38jährige Ärztin mit

einem Kleinkind, eine 54jährige Angestellte mit zwei erwachsenen Kindern und ein 43jähriger zur Zeit arbeitsloser Biologe. Auch sie denken, dass Verzicht eine Frage subjektiven Verhaltens ist. Nach einem kurzen Zögern: »Wir verzichten, weil wir für eine Sache arbeiten«, wenden sie sich dem Thema allgemein zu. Indem sie sich die Frage anmessen, durchdenken auch sie die Prinzipien unserer Gesellschaft: »Es ist eine Leistungsgesellschaft«, sagt eine, also geht es nicht mit dem Lohnverzicht. »Wenn einer mehr verdient, dann hat er es sicher auch mehr verdient, er schafft mehr oder hat mehr Ausbildung.« Der Biologe ist für gleiche Bezahlung bei gleicher Leistung, kommt aber in Schwierigkeiten, Leistung zu bestimmen. Zusammen versuchen sie, ein System zu entwickeln, in dem Lust oder Mühe bei der Arbeit zählen. Als ungerecht könnte ein Lohn über 5000 DM ausgemacht werden. Die Frage der Einebnung der ungerechten Einkommen scheint für die ehrenamtlich Tätigen an die Substanz unserer Gesellschaft zu gehen. Es folgt ein Versuch, solches Verfahren praktisch für sich umzusetzen — mit weniger Geld auszukommen, und die gesellschaftliche Arbeit auf mehr Menschen umzuverteilen. Die Sache wird als aufregend, revolutionär und machbar empfunden.

In unserer Gruppe der *Höberverdienenden* diskutieren drei Männer, ein höherer Angestellter von 46 Jahren, ein 52jähriger Geschäftsführer einer kleinen Firma und ein 63jähriger selbständiger Maschinensetzer. Sie kommen zu unserer Überraschung schnell zum Ergebnis: »Gut, ich glaube, da sind wir uns im Grunde einig, also Lohnverzicht muss sein, allerdings für alle.« Vom Standpunkt eines kleinen Betriebes berechnen sie umständlich, dass Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung immer unmöglich sei. Unternehmergewinne und Produktivitätswachstum werden streng außer Acht gelassen. Lafontaine wird als politischer Opportunist bezeichnet, weil er das Problem

auf die Höherverdienenden einschränke. Alle müssten ein Opfer bringen. Dieses wird im Ganzen als klein berechnet und als vermutlich nicht ausreichend diagnostiziert. Die Höherverdienenden sollen schließlich nicht auf Lohn verzichten, weil sie durchweg ohnehin 48 Stunden arbeiteten.

Positiv stellt sich zunächst auch die Gruppe der *Alternativen* zur Lohnverzichtsthese. Hier diskutieren zwei Studenten und eine Diplom-Volkswirtin aus einem »Dritte-Welt-Laden«. Nach allgemeinem Wohlwollen wegen des gut gewählten Zeitpunkts — »größtmögliche Öffentlichkeit« — und der Zustimmung, so etwas überhaupt zu diskutieren, wird den Beteiligten die Frage selbst immer unrealistischer.

»Ich glaube, dass Lohnverzicht doch nicht das richtige Mittel ist, um Arbeitsplätze zu schaffen, denn Lohnverzicht bedeutet konkret mehr Gewinne, und der Unternehmer kriegt also mehr flüssige Mittel ... Und der geringe Teil, den er investiert, der fließt womöglich zu einem großen Prozentsatz in irgendwelche Rationalisierungsmaßnahmen, die dann wieder Arbeitsplätze kosten und sich wieder gewinnmaximierend für ihn auswirken.«

Durch den Eingriff eines Teilnehmers verschiebt sich die Diskussion auf Fragen der Lebensweise. Lohnverzicht als Ausdruck scheint ihm irreführend, da es in Wirklichkeit doch um Freizeitverlängerung gehe. Die Diskutanten stellen fest, dass sie eine Wertehierarchie für die Lösung der Fragen brauchen. Als Hauptproblem behaupten sie jetzt, dass ältere Menschen an ihren Arbeitsplätzen festhielten, oder dass andere ihre individuellen Arbeitszeiten heimlich verdoppelten. Arbeit wird zum kostbaren Gut, das vor widerrechtlicher Aneignung geschützt werden muss. Sie wollen Arbeitsverhalten einerseits der individuellen Freiheit anheimstellen, andererseits dem Recht auf Arbeit für alle unterordnen. Eine Lösung scheint ihnen, den Begriff Arbeit so

weit auszudehnen, dass alle darin Sinn und Lebensinhalt finden können, einfach, weil durch die begriffliche Ausdehnung genug reale Arbeit da wäre. Für die Einhaltung einer Durchschnittsarbeitszeit fordern sie abschließend Gesetze.

In der Gruppe der *Normalerwerbstätigen* diskutieren eine Auszubildende, ein Datentypist und eine Verwaltungsangestellte; sie sind zwischen 20 und 31 Jahre alt. Die Zumutung in unseren Fragen, sich als wirklich Gefragte zu verstehen, wird von ihnen energisch abgewehrt: »Über die Geldmittel in diesem Staat verfügen Unternehmer, Kapital. Wir haben keinen Einfluss.«

In der Abwehr wird ein düsteres Bild des Nichts-Geht gezeichnet, indem die unterschiedlichen Argumente einander zwar ausschließen, dies aber in Kauf genommen wird, solange sie nur zur Farbe Schwarz beitragen. Da wird nacheinander behauptet, es seien nicht nur die gemeint, die mehr als 5000 DM verdienen, sondern alle; auch sei die Zahl der Höherverdienenden mit 15 Prozent zu hoch ausgewiesen. Im Anschluss werden die Einkommen durch wechselnden Bezug auf Bedarf und Leistung schon mal in Worten nivelliert. Obwohl sie selbst nur zwischen 1000 und 2000 DM verdienen, behaupten sie: 5000 DM sei nicht viel. Um das zu begründen, erfinden sie einen alleinverdienenden Facharbeiter mit zwei bis drei Kindern. Sie versetzen ihn in eine Großstadt, wo er eine hohe Miete hat. Zudem habe er schlechte Arbeitsbedingungen, welche die Höhe seines Einkommens rechtfertigten. Ihre Behauptung, dass es die Spaltung zwischen Menschen, die Arbeitsplätze haben, und Arbeitslosen nicht gebe, führt sie in der Folge zu Einsichten, die die Klasse als Ganze betreffen. So entziffern sie das Gerede über den fetten, faulen, bequemen Luxus der bundesrepublikanischen Arbeiter, das kürzlich in der Presse aufkam, als Dimension von Klassenunterdrückung und reihen in diesen Kontext jetzt das Gerede über Arbeitende ein, die mehr als 5000 DM

verdienen sollen. Sie fühlen sich durch und durch ausgeliefert an die Oberen, zu denen sie auch die Gewerkschaften zählen. Eine meint jetzt, dass tatsächlich eine Verringerung der Löhne genügend Arbeitsplätze für alle bringen würde; sie äußert dieses Argument aber nur als zusätzlichen Beweis für die absolute Willkür der Unternehmer. Weitere Meinungen sind: neue Stellen gingen in den Staatsapparat, Arbeitszeitverkürzung führe längst zu Lohnverzicht und brächte selbst niemals Arbeitsplätze. Kurz, sie erfahren die gesamte Diskussion als eine weitere Verunsicherung ihrer Lage.

\* \* \*

Unsere Gesprächsgruppen argumentierten meist anders, als wir erwartet hatten; sie waren gleichwohl in ihrer sozialen Verortung durchaus erkennbar. Das Überraschendste war wohl, dass schon die Frage nach dem Lohnverzicht selbst eine politische Schulung war. Die einzelnen stellten meist nach kurzem Zögern fest, dass sie sich, um hier sinnvoll antworten zu können, vergegenwärtigen mussten, wie unsere Gesellschaft überhaupt funktioniert, und dass ihre Ablehnung oder Zustimmung zugleich eine Option für eine bestimmte Gesellschaftsform war. Die einander widersprechenden Argumente, die wir in dem Leitfaden vorgegeben hatten, wurden in einigen Fällen als Dimension des Politischen, in anderen als Widersprüchlichkeit der Gesellschaft selbst erkannt.

Der Informationsstand war im Allgemeinen niedriger, als wir nach dem Presse-Echo angenommen hatten. Das betraf nicht nur die Thesen selbst, sondern auch Hintergrunddaten über die Lage in der Bundesrepublik. Zugleich bedurfte es nur eines geringen Anstoßes, um Gedanken über das Funktionieren von Gesellschaft und mögliche bzw. gewünschte Änderungen herauszuarbeiten. Dabei ist die Vorstellung von einer sozialen Gerechtigkeit ein starkes Motiv. Vom ängstlichen, misstrauischen Zuschauen kommen die



einzelnen schnell zum Mitgestaltenwollen. Weitere Themen, die diskutiert werden wollen, finden sich zuhauf. Allerdings hat die durch die Presse zugespitzte und von den Gewerkschaften in der Abwehr unterstützte Formulierung eines *Lohnverzichts* durchweg den Effekt, dass die Frage der Arbeitslosigkeit als nebensächlich verschwindet. Die von uns angezettelte Diskussion verwickelte die meisten Beteiligten in ein zunehmend politischeres Gespräch. Das geht bis zum Vorschlag, die Politikformen selbst zu ändern, bis zur basisdemokratischen Erneuerung.

### *Mindesteinkommen*

Unsere Vorgabe zu diesem Thema enthielt folgende einander widersprechende Auffassungen: ein Mindesteinkommen ermögliche ein Leben auf Kosten anderer; zugleich böte es eine größere Unabhängigkeit und also Handlungsfähigkeit insbesondere für Hausfrauen. Wir verwiesen darauf, dass die Sicherheit der Existenz Voraussetzung für den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und sinnvollere Arbeit sei, sie führe zu erhöhtem politischem Engagement, und wir stellten die Frage, ob nicht die Gewerkschaften durch ein erwerbsunabhängiges Einkommen geschwächt würden.

Das Mindesteinkommen wurde in der Presse kaum diskutiert, in gewerkschaftlichen Stellungnahmen eher abgewiesen. Wir hatten erwartet, dass es von unseren Gesprächsgruppen begrüßt würde als eine Lösung für soziale Not und eine Entbürokratisierung für die bisher vorgesehenen Formen wie Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe usw.

In der *Hausfrauengruppe* herrscht zunächst ungläubige Verwirrung: »Also ich kann dann immer in die Kneipe gehen oder bei Demonstrationen mitmachen, Friedensinitiative ... also das kann man sein Leben lang machen? Und das hat

Lafontaine auch befürwortet?« Sie betrachten die andere Seite des Vorschlags: »Arbeitsämter fallen dann auch weg?« Nach dem Unglauben folgt die Entscheidung für ein Mindesteinkommen, das sie gleichwohl für unmöglich halten, weil »der Mensch dafür nicht gut genug sei«. Nicht sie selbst, aber die anderen würden sich »zu 40 Prozent mindestens« auf die faule Haut legen. Probeweise versuchen sie, »gerechten Steuern« (etwa für Schulen) ungerechte (etwa für Rüstung) entgegenzuhalten und fangen in dieser Weise an, aus der bloß betrachtenden Haltung in eine von Macherinnen zu kommen.

Als säßen sie jetzt tatsächlich an der Regierung, aber als hätte dieser Umstand dennoch alles beim Alten gelassen, so argumentiert die Gruppe, die wir *Alternative* genannt haben. Sie machen sich in erster Linie Sorgen um die Finanzierbarkeit des Mindesteinkommens:

»Und es stellt sich nun mal auch die Finanzierungsfrage ... umfassende Änderungen im Steuerrecht, d.h. also ganz erhebliche Heraufsetzung der Steuern«, sagt eine ganz zu Anfang.

Einer beginnt zu rechnen, denkt (die Zweidrittel-Gesellschaft im Ohr), dass ein Drittel aller Erwerbstätigen das Mindesteinkommen beanspruchen würde, und kommt auf einen Bedarf von 100 Milliarden DM, den er umstandslos den anderen zwei Drittel als Rechnung in die Schuhe schiebt. Andere Finanzierungsquellen werden auch erwogen: die Maschinensteuer tritt wieder auf, dann die Unternehmergewinne. Nach diesen Zweifeln über die Geldfrage erwärmen sie sich für die Idee eines Mindesteinkommens, diagnostizieren dadurch vermehrten Konsum, eine neue wirtschaftliche Konjunktur und gelangen schließlich zu neuerlichem Zweifel, ob die Sache den Gewerkschaften den Rücken stärke oder nicht. Ihr Ergebnis: es wird sich einiges im Kopf der Leute tun. Sie haben mehr Zeit für das Politische, andere Themen werden wichtiger, sie werden offensiver, verlieren Existenzangst. Sie

bekommen ein anderes Verhältnis zu Arbeit und Ausbildung. Viele werden sich weiterbilden. An Arbeit wird der Anspruch gestellt werden, dass sie sinnvoll sei. Und wie Thomas Morus zu Beginn des 16. Jahrhunderts stellt sich ihnen schließlich das Problem, wer zu welchem Preis die schlechten Arbeiten (etwa die Müllabfuhr) in der Gesellschaft machen würde.

Finanzierungsprobleme, gepaart mit einer verächtlichen Einschätzung der nachwachsenden Generation, äußert auch einer der *Höberverdienenden*:

»Der, der nichts tut und 19/20 Jahre alt ist und nie gearbeitet hat, kriegt 1500 DM von Vater Staat? Und woher soll das kommen, das Geld? Das ist ja überhaupt undiskutabel. Das geht ja in die Milliarden.«

Im weiteren Gespräch halten sie allein schon den Gedanken eines Mindesteinkommens für »eine Bankrotterklärung von unserem Marktsystem«, von dem sie annehmen, es funktioniere nach dem Prinzip: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen. In diesem Zusammenhang schwimmt das Mindesteinkommen zum Durchschnittslohn als Regelungsprinzip für alle Arbeitsplätze, dessen positive Wirkung sie nicht sehen können: »Es wird einen allgemeinen Anspruch auf Arbeitszeitverkürzung um die Hälfte freisetzen«. Auch vom Standpunkt der Arbeitslosen betrachtet, scheint ihnen dieses Mindesteinkommen, das sie jetzt *Mindestversorgungsrecht* nennen wollen, keine Lösung zu sein, da die Integration in die Gesellschaft fehle, die »Abgeschobenheit« bleibe. Zudem gebe es das Problem der Schwarzarbeit.

Dass wir für das Mindesteinkommen eine Höhe vorschlugen (1500 DM), welche die meisten Frauenlöhne übersteigt, hat zweifellos einige Verwirrung in die Diskussion gebracht. Umso überraschter waren wir, in der Gruppe der *Normalerwerbstätigen* die Auffassung zu finden, dass diese Sicherung zu niedrig angesetzt sei, um eine »rechte Wahl« zu ermöglichen.

»Also ich muss mir nach wie vor Gedanken machen über die Höhe meiner Miete, wie ich meine monatlichen Unkosten bestreite, und wenn ich mir Bekleidung kauf, kann ich mir auch keine so guten Sachen leisten, sondern muss auch gucken, wo ich, was weiß ich, günstige Hosen oder günstige Schuhe herbekomm'. Also im Luxus lebt man mit 1500 DM nicht, auch nicht übermäßig gut ... für einen Alleinstehenden ist das einfach zu gering.«

Sie schlägt damit vor, eine Grundsicherung so zu fassen, dass man ohne beständiges Nachdenken über Geld leben kann. Sofort stellt sie sich das Problem, wie denn solches zu finanzieren sei, eine Frage, die darum blockierend wirkt, weil praktisch alle Informationen über den Staatshaushalt und die Verwendung seiner Mittel fehlen und weil zugleich die 42 Prozent Unternehmergewinne in ihren Überlegungen bereits vom Sozialprodukt abgezogen sind. Die Gruppe kommt wieder zu dem Schluss (wie schon im ersten Themenbereich), »dass nichts geht ... ein Mindesteinkommen wird also nicht gewährt«. Sie halten jetzt die Idee des Mindesteinkommens für eine Art Schulung der Köpfe, damit sich mehr Menschen Gedanken um eine menschenwürdige Existenz machen. Dabei argumentieren die einzelnen in dieser Diskussion durchaus unterschiedlich, aber es gelingt immer wieder, jeden Hoffnungsschimmer — »wenn man das mit dem Mindesteinkommen durchsetzen könnte, dann könnte man auch durchsetzen, dass keine gesundheitsschädlichen Arbeitsplätze mehr bestehen« — durch Einschwörung auf die Schlechtigkeit dieser Gesellschaft zunichte zu machen. Die Diskussion um Mindesteinkommen wird schließlich enttarnt als bürokratieeinsparender Trick, irgendwie Vorbereitung für mehr Heimarbeit, Zersplitterung der Lohnabhängigen: »Dass das was ganz anderes ist als das, was wir meinen, wenn wir von 1500 DM reden.« Zudem würde eine solche

Grundsicherung der sozialen Verelendung der letzten Jahre widersprechen und könne insofern nicht gemeint sein.

*Die Ehrenamtlichen* meinen, dass es beim Mindesteinkommen wohl um ein »grundsätzliches« Problem sozialer Gerechtigkeit gehe. Sie glauben nicht, dass die meisten Menschen aufhören würden, zu arbeiten, sondern dass es dann tatsächlich »gewollte« statt gezwungene Arbeitslose gebe. Sie bemängeln aber, dass so ein »Mindesteinkommen« die Frage des Familienernährers außer Acht lasse, mithin vom Einzelmenschen ausgehe. Unsere Frage, ob gewerkschaftliches Handeln dadurch geschwächt oder gestärkt werde, interessiert sie nicht:

»Das ist so eine Wischiwaschifrage ... die gängigste Praxis ist natürlich, dass es immer um Lohn geht, und das ist auch, was zu Recht viele von den Gewerkschaften fernhält und abstößt, dass nur Tarifverhandlungen übrig geblieben sind von den vielen Ansprüchen.«

Es bleiben die beiden Gruppen, die von einer solchen Regelung besonders betroffen wären: die Arbeitslosen und die *Autonomen*. Letztere reagieren auf den Vorschlag selbst zunächst wie auf eine Droge bzw. die Verkörperung der schlimmsten Befürchtungen, die über sie in Umlauf sind:

»Da würden wir nicht mehr arbeiten«; »da würde ich mir warm die Hände reiben, dann könnten wir hier echt unseren Palast ausbauen ... ziemlich viele Leute würden aufhören zu arbeiten.«

Nach lustvollen Ausmalungen, in denen sie sich sogar vorstellen, die Gewerkschaften zu stärken, damit das erreichte Mindesteinkommen bleibe, kommen ihnen Zweifel. Es gibt da Widersprüche. In der Folge thematisieren sie einen Zusammenhang zwischen der Ausländerfrage und der bislang fehlenden sozialen Grundsicherung. Dann umgekehrt: eine Grundsicherung

für alle werde ungeliebte Arbeitsplätze freisetzen, für die dann neue Ausländer geholt werden müssten. Die schlechten Zeichen mehren sich: vermehrter Konsum würde den Kapitalismus vorantreiben: Preiserhöhung, Schwarzarbeit, Zunahme sozialer Härten seien die Folge. Unter der übrigens in allen Diskussionen vorausgesetzten ständigen Unverändertheit von Arbeitsteilung und Arbeitsplätzen scheint ihnen die soziale Grundsicherung — als eine Alternative zur schlechten Arbeit — noch einen kurzen Augenblick als gute Perspektive für die Entwicklung von Kreativität, für die es allerdings eine Schule brauche (hier bieten sie sich als Lehrer an). Noch seien die Menschen in der BRD nicht reif dafür. Aber schließlich siegt die Auffassung, schon die Sozialhilfe sei im Grunde eine Befriedigungsstrategie, wieviel mehr erst ein Mindesteinkommen. Sie ziehen die Unruhe vor.

Und die *Arbeitslosen*? Ungläubig suchen sie den Haken am Vorschlag. Bestimmte Bedingungen zum Beispiel: »Eine Sperre« wegen Selbstverschuldung. Der Unglaube gipfelt in dem Ausspruch: Ich halte das für Utopie, das wäre das »wahre Paradies auf dieser Erde«. Widersprüche knüpfen sich im eigenen Gefühl:

»Ich würde sofort meinen Job hinschmeißen. Ich würde mir den Tag gutwerden lassen. Und wirklich bei Regenwetter im Bett bleiben, bei Sonnenschein mich aufs Rad schwingen. Aber das ist nicht machbar ... Die Bevölkerungsrate steigt ... Ich finde Arbeiten auch was Schönes. ... der Mensch mach' gerne arbeiten.«

Allerdings kommen auch in dieses recht sonnige Bild Zweifel: die Leute würden ruhiger werden, weniger kämpfen wollen. Freiheit und Demokratie müssten aber erkämpft werden. Der Sprecher endet mit zwiespältigen Gefühlen.

Nach den aufgeregten Überlegungen in den verschiedenen Sozialgruppen wird

es besonders interessant, was unsere *Gewerkschaftsgruppen* zu diesem Komplex zu sagen haben. Um es zunächst ein wenig verkürzt und insofern auch ungerecht zusammenzufassen: zumindest in der ersten Gruppe ist soziale Phantasie durch den Rahmen der als gewerkschaftlich verstandenen Politik eingeschnürt. Einer identifiziert das Verlangen nach Mindesteinkommen als eines nach sozialer Gerechtigkeit, welches er sogleich als Widerspruch zum gewerkschaftlichen Vorschlag in diesem Kontext begreift. Dieser konzentrierte sich auf Tarifpolitik; die setze das »Primäreinkommen« fest, in dessen Folge alle Sozialleistungen zu begreifen seien. Sonst fehle jeder Ansporn zur Leistung. Als Verkäufer von Arbeitskraft sei jeder auch »Unternehmer«, im Wettbewerb, interessiert, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Es gelte mithin, die Gewerkschaften zu stärken, die über Tarifpolitik hinaus auch soziale Forderungen formulierten. Der so spricht, erhält allerdings Widerspruch zu seiner Gleichsetzung Arbeitskraft und Unternehmer. Dafür glaubt sein Kontrahent, dass der Vorschlag des Mindesteinkommens sehr unpopulär sei, »allergrößten Widerstand in der Öffentlichkeit erfahren« würde. Unter Öffentlichkeit versteht er ohne Diskussion ausschließlich jene, die in der Öffentlichkeit agieren: Politiker und Medien. Als Beleg nimmt er den Beifall aus der CDU und die Presse, die die Thesen Lafontaines u.a. zum Anlass nahmen, auf fehlende Leistung, zu viel Wohlstand und Faulheit zu verweisen. Im Ganzen hält er ein solches Mindesteinkommen für gut; dem widerstehe aber der auch in den Gewerkschaften gängige »gesunde deutsche Standpunkt: wer nix leistet, verdient nix«. Bei der Überlegung, dass die BRD eigentlich reich genug sei, solches zu finanzieren, kommt plötzlich die Frage der Arbeitszeitverkürzung in neues Licht. Warum sollte man dann nicht viel eher eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 20 bis 30 Stunden und Arbeit für alle durchsetzen?

Schwankend von Anfang an ist die zweite *Gewerkschaftsgruppe*. Gefühlsmäßig sind sie für ein Mindesteinkommen, denkend an die Tarifverhandlungen eher dagegen. Eine stellt die rhetorische Frage, ob etwa auf diese Weise die kapitalistischen Produktionsverhältnisse geändert würden. Aber der Gedanke bleibt, und nach dem spielweisen Entschluss, das Ganze aus den Unternehmertöpfen und dem Rüstungshaushalt zu finanzieren, wird eine Diskussion über menschenwürdiges «Einkommen eröffnet, die auch die unwürdigen, niedrig bezahlten Arbeitsplätze und vor allem die späteren Renten einbezieht.

\* \* \*

Schrankenlose Befürworter eines Mindesteinkommens fanden wir nicht. Dagegen kamen die Diskutierenden schnell zu Überlegungen über die Verwendung von Steuermitteln und probten zögernd ein Mitspracherecht in der Politik. Dabei zeigte sich, dass das Wissen um niedrige Löhne, um Rentensätze, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld weit größer ist als das um höhere Einkommen und Unternehmergewinne. Andererseits wurde auch deutlich, dass dieses Wissen um die soziale Lage der Unteren wenig Hoffnung lässt, dass eine so reiche Gesellschaft wie die BRD überhaupt Handlungsmöglichkeiten hat. Schon aus diesen wenigen Gruppendiskussionen können wir vermuten, dass eine politische Strategie, die auf der fortgesetzten Ausmalung des Elends beruht, eine lähmende Wirkung haben kann. Umgekehrt wäre der Reichtum auszustellen und eine allgemeine Diskussion über seine Verausgabung zu führen. Hier gab es wenig Wissen um die Verwendung des Staatshaushalts und die Höhe der einzelnen Posten. Dafür herrschte ein aus dem privaten Haushalt stammendes Verständnis vor, dass man nicht ausgeben kann, was man anders schon verplant hat. Es gab fast überall eine Ahnung, dass eine Sicherung der Existenz ein menschlicheres,



schöpferisches, politisch engagierteres Leben ermöglichen könnte. Es gab keine wirkliche Absage an Arbeit, wohl aber an die Koppelung von Lohn an Arbeitsleistung nach ungesicherten Kriterien. Neue Themen tauchten auf: so z.B. ein Wunsch nach mehr Bildung und einer radikalen Kürzung von Arbeitszeiten für alle. Gewerkschaftliches Denken mit solchen Überlegungen vereinbar zu machen, erwies sich als schwierig. — Die Lage der Hausfrauen in diesem Kontext zu diskutieren; wurde nicht erwogen.

### *Arbeitsbegriff*

Unsere Gesprächsvorgabe enthielt den Begriff der »gesellschaftlichen Gesamtarbeit«. Wir verwiesen auf Arbeitsteilungen — insbesondere die zwischen den Geschlechtern — und hielten umgekehrt auf eine Weise an der Politik der Arbeitszeitverkürzung fest, als gäbe es keine anderen Arbeiten in unserer Gesellschaft als die Erwerbsarbeit. Wir stellten den Zusammenhang von Lohn und Leistung als Ferment unserer Gesellschaft zur Diskussion.

Beim Nachdenken über den Vorschlag, den Arbeitsbegriff zu erweitern, befürchteten wir nicht so sehr, es könnte die Klassenlinie geschwächt, die Rolle der Erwerbsarbeit und damit der Gewerkschaften verkleinert werden, vielmehr hofften wir, dass die fesselnde Entfremdung, die der Kapitalismus in die als Lohnarbeit verrichtete gesellschaftlich nützliche Arbeit gebracht hat, aufzubrechen sei. Wir wollten an der Diskussion mitwirken, dass Arbeit einen Sinn haben müsste. Und umgekehrt, dass alle Arbeit, die gesellschaftlich nützlich ist, wesentliche, menschliche Tätigkeit ist. Ebenso wie Lafontaine sahen wir in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Frauenfrage für die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, so wie sie sind. Daher vermuteten wir, dass insbesondere die Frauen in unseren Gruppen Veränderungsenergie bei diesem Thema mobilisieren würden.

Beginnen wir diesmal mit den *Gewerkschaftsgruppen*, die hier wenig Probleme haben, ins Thema zu kommen. In der ersten Gruppe wird zunächst klar bestimmt: was den Kapitalinteressen nicht entspricht, ist natürlich gleichwohl Arbeit und sollte anerkannt werden. Der Maßstab, an dem dies gemessen wird, ist der gesellschaftliche Sinn. Dazu zählen: Arbeiten gegen das Fischsterben, gegen chemische Katastrophen, gegen die Probleme mit Atomenergie. Auch Hausarbeit anders zu gewichten, macht zunächst kein Problem, ja, dies ist vom Standpunkt der Männer geradezu ein Sprungbrett für die Absicherung weiterer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden und darunter, damit jeder an bislang bezahlter und an bislang unbezahlter Arbeit teilhaben kann. Doch scheint eine solche Position wie ein verbotener Gedanke *neue* Zurechtlegungen notwendig zu machen. Einer holt weit aus, vergegenwärtigt sich, die Betonung von Hausfrauen und ihrer Arbeit erinnerte an Faschismus; wir aber leben in einer Gesellschaft, in der Kapitalflucht das Erwirtschaftete nicht zugunsten derer, die es schufen, anwenden lässt. Im Gegenteil. Es folgt die bekannte Gleichung: Wachstum von Produktivität und Gewinnen bringt Wachstum an Arbeitslosigkeit, ja sogar schlechtere Arbeitsplätze. Die Strategie des Staates — die ABM-Stellen — sind, gemessen am zuvor Erörterten, »unproduktive Arbeit«. Leider wird an dieser Stelle nicht weitergedacht, sondern wie nach einem Rettungsanker abrupt auf die bekannte Losung zurückgegriffen: wir brauchen eine Sicherung vorhandener Arbeitsplätze.

Anders die zweite *Gewerkschaftsgruppe*, in der auch Frauen mitreden. In die spontane Abwehr, Aufwertung der Hausarbeit erinnere an Geissler und solle Frauen zurück ins Haus ziehen, mischen sich sofort Zweifel: Frauen, die bereits einer Erwerbsarbeit nachgehen, sollen mehr Qualifikationen, mehr Geld bekommen, die, die zu Hause sind, ja, für sie ist diese Politik gut, sie sollen auch ein Gehalt bekommen. Es bleibt allerdings als vage Frage, ob der

gesellschaftliche Sinn und die damit verbundene Identität an beiden Orten gesellschaftlich notwendiger Arbeit möglich sind. Solcher Zweifel wird in der Diskussion zunächst beiseitegeschoben zugunsten einer Stärkung des Problems der unbezahlten gesellschaftlich notwendigen Hausarbeit. Hausfrauen erhalten nicht nur kein Gehalt, sie haben auch keine Sozialversicherung, und es »hapert in der Rentengeschichte«. Das Problem wird als »doppelte Ausbeutung« in den Kapitalzusammenhang eingeordnet. Nichtbezahlung von Hausfrauentätigkeiten sei eine Lohnkürzung. — Seltsamerweise entschwindet das Problem, je mehr sich die Gruppe darauf einlässt. Der einzige Mann spaltet nach der Versicherung, dass es frauenfeindliche Verhältnisse so nicht mehr gebe, die Frauen in solche, für die qualifizierte Arbeitsplätze gefordert werden müssen, und Hausfrauen, die eine gute Bezahlung brauchen. Von jetzt an werden schlechte, unqualifizierte, weisungsgebundene Frauenarbeitsplätze diskutiert und Lohnverzicht durch die Existenz nichtbezahlter Familienarbeit. Dass Leistung wirklich entlohnt werde, wird unversehens in Frage gestellt, als Legitimation für Arbeitslosigkeit enttarnt, um mit der Frage nach der Arbeit überhaupt zu enden. Die reale Existenz von Arbeiten, die nicht der Lohnform unterliegen, hat — nicht zuletzt durch den Vorschlag, sie zu bezahlen — nicht dazu geführt, gesellschaftlich sinnvolle Arbeit genauer in den Blick zu nehmen und ihre Deformierung (in der Lohnform) und Marginalisierung (in der Form der Hausarbeit) und die katastrophalen Folgen für Natur und Menschen anzudiskutieren. Umgekehrt scheint die unbezahlte Arbeit plötzlich nur von wenigen Hausfrauen geleistet zu werden und verschwindet bei den berufstätigen Frauen ins Niemandsland. So wird sie als ein relativ kleines Problem von einzelnen Personen, nicht eines ganzen Zivilisationsmodells handhabbar gemacht.

Wechseln wir zur *Hausfrauengruppe*, die aus spezifischer Betroffenheit einen anderen Blickwinkel hereinbringen müsste. Die Diskussion dieser Gruppe um diesen Punkt war für mich das Verblüffendste in den Gesprächen. Sie denken zunächst von unten. Da steckt viel Volksweisheit in der einfachen Frage: »Was will er als Gegenleistung, wenn er uns bezahlt?« Die Frage zieht sich durch: welche »Rechte und Pflichten« sind damit verbunden? Und zum ersten Mal wird deutlich, dass in der Aufwertung der Hausarbeit zur Lohnarbeit auch eine Abwertung steckt. »Wenn ich bezahlt werde für meine Arbeit, ist es nicht unbedingt eine Aufwertung«, und »es ist doch unsere Entscheidung«, sagt eine. »Wenn Hausarbeit wie jede Lohnarbeit ist, würde ich etwas anderes tun.«

Noch unbegriffen steckt darin die Erkenntnis, dass durch die Bezahlung der Arbeit, ihre Verwandlung in Lohnarbeit, in unseren Verhältnissen zugleich eine Sinnverschiebung steckt. Gearbeitet wird um der Existenz willen, nicht in erster Linie für andere im gesellschaftlichen Kollektiv. Der Vorschlag, den Arbeitsbegriff zu erweitern, setzt Veränderungsvorstellungen ebenso frei wie Fragen über gesellschaftliche Zusammenhänge. Geld erscheint als Fessel; probeweise wird Lafontaine enttarnt als einer, der sie den Hausfrauen anlegen will.

»Was will er damit? Die Gesellschaft aufwerten? Die Arbeitslosenstatistiken herabdrücken? Wer setzt eigentlich die Gehälter in unserer Gesellschaft fest?«

Dass die Gehälter so unterschiedlich sind, wirft die Frage auf, ob es sich um Entgelt für Leistung handele, damit auch, ob unsere Gesellschaft überhaupt nach Leistung geregelt sei. Wieder taucht Kommunismus als Perspektive am Horizont auf. Einmal auf dem Weg, wird das Geld anders verwendet: statt Hausfrauenlohn Einstiegshilfen für Frauen, die zurück in die Berufswelt wollen. Sie wundern sich, dass Lafontaine in die Gesellschaft eingreifen will,

dann, dass sie selber daran bisher nicht gedacht haben:

»Wenn man sich organisiert, müsste man alles über den Haufen werfen. Wir müssten eine Partei gründen, und wenn wir gewählt werden, ... wenn wir 50 Prozent der Stimmen kriegen würden, ... dann würden wir es einteilen«.

Dass Bezahlung kein Mittel gegen frauenfeindliche Strukturen sei, scheint auch den *Autonomen* offensichtlich. Allerdings fällt den drei Männern sogleich auf, dass eine angemessene Entlohnung die Hausfrauen persönlich unabhängig machen, sie kulturell-politisch freisetzen würde, »sie gehen dann ins Theater oder in eine Arbeitsgruppe«. In dieser Weise erkennen sie, dass der geschlechtsspezifische Arbeitslohn der Kleinfamilienform bedarf, die sie für unterdrückerisch halten. Die finanzielle Unabhängigkeit der Frau würde andere Zusammenlebensformen ermöglichen. »Es wird Scheidungen geben, massenweise«, sagt einer. »Das wird ein harter, aber schneller Umgewöhnungsprozess für die Männer«, ein anderer. Nach einer kurzen Problematisierung, ob die Qualität der Hausarbeit unter diesen Gesichtspunkten nicht vom Staat kontrolliert werden müsse, halten sie eine solche Erweiterung des Arbeitsbegriffes für einen möglichen Lernprozess im Volk, für eine Basis, auf der auch gleichwertige Arbeitsplätze und Löhne im Betrieb gefordert werden können, weil »die Tatsache, dass Frauen überhaupt arbeiten können, allgemeines Wissen« werde. Sie versuchen, den Hausfrauenlohn in den Schranken der Kleinfamilie zu berechnen: »Müssten nicht umfangreiche Arbeitsanalysen stattfinden? Wäre es dann nicht doch einfacher, das Geld abzuschaffen?«

Auch die Frauen aus der Gruppe der *Normalerwerbstätigen* ereifern sich nach anfänglich langer Abwehr gegen Etikettenschwindel, gegen den als »zu niedrig« gemutmaßten Hausfrauenlohn, als sie Rappes Ausspruch, dass Lohn

Leistung verlange, durchdenken. Leistung könne auch destruktiv sein, unnötigen Schrott produzieren. Und so kommen sie am Ende darauf, dass in der Unterwerfung unter das Kapital und seine Normen die produktiven Bedürfnisse der einzelnen verkehrt würden.

*Die Alternativen* erkennen ohne weitere Probleme, dass die Formel *Lohn für Leistung* nur für die kleinen Leute gilt, während es andere gebe, die andere für sich arbeiten lassen und dabei »dickes Geld einstecken«. Eine Bezahlung von Arbeit im Hause aber öffne dem Missbrauch Tür und Tor. Sie befürchten Täuschung und die Notwendigkeit von Kontrolle und enden bei einer Anklage gegen »Doppelverdiener«, die für sie offenbar zwei Menschen zweierlei Geschlechts sind, die sich, da beide berufstätig, um die Hausarbeit drücken.

Obwohl die *Ehrenamtlichen* keinen Zweifel an der Gültigkeit der Lohn-Leistungsgerechtigkeit für unsere Gesellschaft hegen, kommen die Diskutierenden doch nach kurzer Bejahung eines Lohnes für die Hausarbeit für Frau oder Mann zum Problem, dass Lohn und Arbeit im Grunde in einem merkwürdigen Verhältnis zueinander stehen. Traumberufe, so ihre Überlegung, müssten nicht so hoch bezahlt werden, Fließbandarbeit aber dafür umso höher. Was sinnvolles Tun sei, werde überhaupt nicht von Geld bestimmt; von daher gelangen sie zu der Auffassung, dass selbst Arbeitslosengeld im Grunde unsinnig sei, wenn es nicht mit gesellschaftlich sinnvoller Arbeit verbunden ist. Zudem erinnert einer, dass er in der Zeit seiner Arbeitslosigkeit politisch und gesellschaftlich am meisten engagiert war und schließt daraus, »dass also feste Lohnverhältnisse im Grunde eine Barriere gegen gesellschaftliche Beteiligung sind«.

Von einer bestimmten Einkommenshöhe ab werden offenbar ebensoviel Gedanken durch Geld absorbiert wie unterhalb der Existenzgrenze. Die

*Höherverdienenden* weisen die Frage einer Finanzierung von Haus- und Umweltarbeit weit von sich: Der Staat sei zu arm, »da gehen wir völlig kaputt«. Lediglich als steuerermäßigende Umverteilung in der Ehe will einer die Bezahlung von Hausarbeit gelten lassen. Und zirkulär formuliert ein anderer: »Hausarbeit und Umweltarbeit können nicht finanziert werden, weil sie keine wertschöpfenden Tätigkeiten sind«; dies deshalb nicht, weil sie nicht bezahlt würden. Die Fixierung aufs eigene und auf die Einsparung von Staatsgeld bringt sie sogar dahin, eine Beteiligung der Männer an der Hausarbeit vorzuziehen.

Dagegen sehen die *Arbeitslosen* der in dem Vorschlag einer Erweiterung des Arbeitsbegriffs sofort gemutmaßten Gesellschaftsänderung mit großer Hoffnung entgegen. Einer hält dies »für die schönste Idee seit langem«, »echt gut«. Familienarbeit gehöre gesamtgesellschaftlich finanziell unterstützt. Dafür reiche schon ein »Jäger 90«. Gebraucht werde insgesamt befriedigende und sinnvolle Arbeit, die sie im Vorschlag von Lafontaine für angezielt halten. Voraussetzung und Ziel sei eine sozialistische Demokratie.

\*

Dass Erwerbsarbeit zentral bleiben müsse, war nur bei den Gewerkschaftsgruppen und den Höherverdienenden ein Thema. Schnell stellte sich die Systemfrage, wurde in der Stellung der Hausarbeit ein Strukturproblem kapitalistischer Gesellschaften erahnt. Zweifel wurden deutlich an der Form der Familie, am Verhältnis Lohn und Leistung, am Geld. Erkannt wurde fast überall, dass die Lohnform etwas mit den menschlichen Tätigkeiten macht, wogegen es sich zu wehren gelte. Relativ klar wurde auch, dass die Fragen um den Arbeitsbegriff die einzelnen zu mehr Engagement trieben, eine Mobilisierung in Richtung mehr tätiger Demokratie waren. Meist diskutierten die Frauen in den Gruppen bei diesen Punkten engagierter und auch radikaler.

Die ab und zu auftauchenden Begriffe wie »Doppelbelastung« und »Doppelverdiener« signalisieren höchst widersprüchliche Zustände. Sie sind zu volkstümlichem Wissen erstarrte Formen unerklärlicher Verhältnisse. Der Begriff »Doppelverdiener« unterstellt, dass allein durch die Tatsache, dass zwei sich zum Leben zusammentun, jetzt nicht nur eine unerhörte Verbilligung der Lebenssicherung eintritt, für die allein der Lohn Rechtfertigung war, sondern auch, dass jetzt einer, die Frau, kein Recht auf eigenen Verdienst mehr hätte. Während im Begriff der »Doppelbelastung«, ebenfalls ungenannt, eine häusliche Arbeit zusätzlich zur erwerbsmäßigen auftaucht, die doch auch zuvor, als beide noch nicht zusammenlebten, irgendwo getan werden musste. Wir müssen daraus schließen, dass beide Begriffe mit dem schlichten Wort »doppel« eine Qualität von Arbeit absichtsvoll verbergen, die neu entsteht, wenn Mann und Frau zusammenleben. So zugespitzt, lässt sich leicht erkennen, dass es sich nur um die Arbeit der Lebensproduktion handeln kann; und in diesen verschiedenen Zusammensetzungen mit »doppel« wird mit Schweigen zugedeckt, dass dies überhaupt eine neue Qualität von Arbeit ist, und dass in dieser Gesellschaft dafür nichts vorgesehen ist. Wer als Frau im Erwerbsleben bleibt, macht sich durch Doppelverdienertum schuldig und wird durch Doppellast bestraft.

### *Utopie*

Wir fragten, wie die Gesellschaft aussehen solle, an der die einzelnen mitbauen wollten. In dieser Formulierung haben wir vorgegeben, dass die Beteiligung aller eine Voraussetzung für eine wünschenswerte Gesellschaft sei. Da die Menschen mit Bewusstsein an ihr Leben gehen, möchten sie, was sie für schlecht befinden, nicht einfach so lassen. Das beginnt zu Hause und endet in der Gesellschaft im Großen. Je erfahrbarer die großen Missstände in



den kleinen Haushalten werden, desto unausweichlicher wird es auch, sich Änderungen in der Gesellschaft zur eigenen Aufgabe zu machen. Solche Änderungsvorschläge enthalten mehr oder weniger präzise Vorstellungen davon, wie es sein soll: Zukunftsentwürfe. Wir dachten, dass solche zu Gesellschaftsbildern geronnenen Wünsche, wie man leben will, in den Köpfen der Menschen in großer Vielzahl vorhanden wären. Veränderungsenergie, die, teils nur geahnt, zur Sprache finden muss. Wir stellten uns vor allem vor, dass das Volk hier weit erfindungsreicher sei als die weitgehend phantasielosen Politiker, und dass es gut wäre, hierüber ein kollektives Wissen zu haben. Utopische Entwürfe ermutigen auf jeden Fall, Gesellschaftsänderung voranzutreiben. Sie sind die Gegenkraft gegen Resignation und Verzweiflung. Ein erstes Ergebnis zur Frage nach der geträumten Gesellschaft: nach den zumeist sehr engagierten Diskussionen zu den einzelnen Punkten *Lohnverzicht*, *Mindesteinkommen*, *Arbeitsbegriff*, waren wir enttäuscht, dass umfassendere Wünsche nicht schon konkretere Gestalt angenommen hatten. Utopisches Denken scheint auch durch langes Nichtgebrauchtwerden zu verschleifen.

Beginnen wir mit den *Autonomen*, deren spielerische Abschaffung der Kleinfamilie und des Geldes weitreichende Gesellschaftsumbaupläne erwarten lässt. Sie führen stattdessen eindrücklich vor, dass Resignation und Angst in die Enge führen: »Eine riesengroße Mauer soll um St. Pauli gezogen werden, alle Häuser besetzt, und dann sagen, leck mich am Arsch«. Der Rückzug wird legitimiert: »Weil unsere Gesellschaft nicht mehr zu retten ist«. Die Katastrophe wird ausgemalt: Technik, Umwelt, Energieproblem, Konsum. Schließlich spaltet sich die Gruppe. Erträumt wird zum einen ein computerbedientes Schlaraffenland und zum anderen ein großer Naturpark mit wenigen Menschen ohne Maschinen. Beide Visionen verzichten so sehr auf die Benennung eigener Aktivitäten zu solchem Ziel, dass die Diskutanten

schließlich als Opfer einer übermächtigen Gesellschaft zurückbleiben müssen. Man kann nichts tun. Der Gedanke, die eigene Geschichte selbst machen zu können, wird nicht zuletzt ersetzt -- so kann man den langen Ausführungen entnehmen — durch Geschichten, wie sie die Science Fiction zuhauf auf den Markt wirft.

Schwer lasten die Gewerkschaftslosungen auf mindestens einer der beiden *Gewerkschaftsgruppen*. Sie vergewissern sich, was gewerkschaftlich zur Frage der Zukunft schon gesagt ist und listen die bekannten Forderungen auf: Arbeitszeitverkürzung, soziale Gerechtigkeit, ein besseres Verhältnis zur Umwelt; schließlich die Verkürzung der Lebensarbeitszeit zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit. Am weitesten schreiten sie aus, wenn sie an Arbeitskreise für alternative Fertigung denken. Daneben sind ihre Äußerungen von Abwehr gegen Lafontaine *bestimmt*, der »merkwürdige Fragen hat, auf die wir schon alle Antworten haben«.

Die zweite *Gewerkschaftsgruppe* entgeht dieser Fesselung, indem eine sich selbst fragt, wie sie leben will: mit mehr Freizeit, einem vierstündigen Arbeitstag, interessanter, vorwiegend manueller Arbeit. Ins Allgemeine gezogen kommen die Hoffnungen doch relativ schnell auf Gekanntes zurück: mehr Mitbestimmung im Betrieb und Wohnbezirk; keine gesundheitsschädigende Arbeit, mehr kulturelle Angebote und schließlich ganz abstrakt eine Welt, in der Kinder ohne Angst aufwachsen können. Die ausdrückliche Frage nach der Stellung der Frauen erbringt, dass die Unterdrückung »abgestellt« werden müsste und vor allem Männer sich ändern müssten. Ohne unzulässige Wertungen in unsere Überlegungen bringen zu wollen, lässt sich doch für unsere kleine Stichprobe festhalten: die Apparate und so auch die Gewerkschaften sind kein fruchtbares Feld utopischen Denkens. Oder anders: lässt vielleicht die Sicherheit, im Klassenfeld richtig zu handeln, wenig Raum für

ausgreifendes Denken, wie es für den Kampf um Änderung notwendig ist?

Marx hatte angenommen, dass es in unseren kapitalistischen, entfremdeten, arbeitsteiligen Verhältnissen dahin kommt, dass »selbst das Bewusstsein einer freien Tätigkeit entschwindet«. Wie viel mehr muss das gelten, wenn man noch aus dieser Gesellschaft in die Ortlosigkeit erzwungener Arbeitslosigkeit gedrängt ist? Tatsächlich diskutieren die *Arbeitslosen* zur Frage der gewünschten Gesellschaft außergewöhnlich. Da soll Volksherrschaft sein, das Volk bestimmen und alles von unten nach oben umkrepeln. Aber alle Formen bleiben ihnen gleich: es gibt Arbeitslose, aber die Behörden handeln nach deren Bedürfnissen; es gibt Chefs, Vorgesetzte, auch sie handeln im Interesse der Untergebenen. Und zur Frauenfrage kann sich einer vorstellen, dass es »mir nichts ausmachen würde, wenn ich mit einer Frau zusammenarbeite, die indirekt, im humanen Arbeitsbereich, meine Vorgesetzte wäre«. Aus der Ortlosigkeit hier flüchtet der Wunsch in den Trost folgender Hoffnung: »dass der Mensch, der auf die Erde kommt, irgendeine Aufgabe auf der Erde zu erfüllen hat, die ihn glücklich macht«.

Nach kurzer allgemeiner Zurückweisung der Bedrohung durch Atomenergie schlägt eine der *Ehrenamtlichen* für die zukünftige Gesellschaft eine demokratische privatwirtschaftliche Organisation der Betriebe mit gemeinwirtschaftlichem Nutzen vor. Bereicherung wird dabei als Gefahr individuellen Charakters gemutmaßt. Diese Auffassung könnte in resignative Weltanschauung und Menschenverachtung münden. Doch an dieser Stelle zeigt sich die Bedeutung diskutierender Auseinandersetzung für politisches Denken und Handeln. Aus dem Gedanken, dass die Mehrheit der Menschen zu egoistisch sei, dass aber Gesetze gegen Bereicherung nur die Bürokratie aufplustern würden, taucht eine Einsicht in den Zusammenhang von Wissen, Macht und Privilegien auf. Die gemeinsame Schlussfolgerung: Demokratie

braucht mehr Wissen für alle. Gemeinsames Handeln braucht mehr Information und Kommunikation — gegen Resignation und Vereinzelung.

Der Rückzug der Autonomen wiederholt sich bei der Gruppe der *Höberverdienenden*. Auch sie sehen sich ohnmächtig vor den vorhandenen »brüchigen« Gesellschaftsstrukturen. Die Zukunft macht daher nur Angst. Beängstigend sind Automation und Datenverarbeitung und die mögliche Ausdehnung des Sozialstaates auf die armen Länder Europas bei einer europäischen Vereinigung. Einen Vorgeschmack geben ihnen die schon diskutierten »Drückeberger unserer Gesellschaft«. Faschismus, Kommunismus, Diktatur mit der »Knote der Einkommensgleichheit« sei die Perspektive, die keiner wolle. Die einzige Utopie wäre, »das Rad der Geschichte zurückzudrehen«.

Die drei *Hausfrauen* haben zunächst Schwierigkeiten, die Frage nach einer zukünftigen Gesellschaft überhaupt auf sich zu beziehen:

»Aber das geht doch nicht ... Alles sagen, was ich möchte? ...Nein, ich wollte ja nur ... Wir dürfen richtig verrückt sein jetzt? ... aber das gibt es nicht ... Eine heile Welt gibt es nicht ... Es ist unvorstellbar ... Wir sind jetzt Lafontaine?«

Erst der Blick auf den »Vorwitz« Lafontaines, den sie als individuellen Gesellschaftsveränderer sehen, entfesselt ihre Phantasie. Von der Abschaffung der Arbeitslosigkeit geht es zur Absage an Atomkraftwerke und Rüstung. Große und kleine Veränderungen werden wahllos auf den Tisch geworfen: mehr Fahrrad fahren für alle; dass Parteien, die nicht aufs Volk hören, verschwinden; Raketen abschaffen, aber wohin mit den Wissenschaftlern, die neue bauen? Eine eigene Partei gründen, die Menschen dafür gewinnen. Gerechtigkeit, Umweltschonung, wirkliche Hilfe für die Länder der Dritten Welt und: »Wenn wir uns selbst mehr achten, fällt alles andere von allein

weg«, formuliert eine und erkennt, dass die Änderung der Menschen für eine neue Gesellschaft notwendig ist, dass aber diese Änderung mit dem Verändern der Umstände kommt: »man wächst mit den Aufgaben«.

Ernst Bloch nannte spontane analytische Einsichten über gesellschaftliche Zusammenhänge »die Marxismen der Sache selbst«. Solches erleben wir auch bei der Gruppe der *Normalerwerbstätigen, die, einmal* freigelassen, eigene Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln, die widerständige Resignation völlig abwerfen, die wir bei ihnen aus der Behandlung der anderen Punkte kennen. Zwar halten sie eine Veränderung der Gesellschaft für eine »Knochenarbeit«, die sie jedoch mit präzisen Vorschlägen bereitwillig angehen wollen: zunächst muss der überflüssige Konsum weg; das geschieht durch Produzentendemokratie und -entscheidung. Diskussionen über das Notwendige müssen stattfinden, die »spannend« werden, wenn auch schwierig; jeder handelt nach seinen Bedürfnissen — das bezieht sich auf die Arbeit ebenso wie auf die Produkte. Sobald der Maßstab des gesellschaftlich Notwendigen als Maßstab der Produktion vorherrscht, entfällt die Unterscheidung von Erwerbsarbeit und anderer Tätigkeit. Die Befreiung der Frauen bringt die Frage der Kindererziehung ins Offene und ist zugleich Befreiung vom Zwang zur Heterosexualität. Da sich in solcher Demokratie die Bedürfnisse vom Kaufen weg ins Kreative, Lernen, Weiterentwickeln verlagern, braucht jeder nur noch 15 Stunden verantwortlich für alle zu arbeiten. Die wechselseitige Abhängigkeit basiert auf wechselseitigem Vertrauen. Dabei gibt es keinen Zwang zu einheitlichen Bedürfnissen; zudem einen Wechsel in der Arbeit: »man kann heute Dolmetscher, morgen Altenpfleger sein«. Zwar werden nicht alle Arbeiten gleichermaßen schön sein, aber »dass Du das Gefühl hast, Du machst was Sinnvolles, was Vernünftiges. Selbst wenn das für die Zeit, wo Du arbeitest, nicht optimal ist von den Arbeitsbedingungen her, und du Lust

hättest, etwas anderes zu machen. Aber, es ist halt notwendig, damit ist klar, dass Du es machst«.

Es ist ganz offensichtlich der Standpunkt der Arbeit, von dem aus hier utopische Kraft entfaltet wird.

#### LAFONTAINE ALS VEHIKEL POLITISCHER SELBSTTÄTIGKEIT NUTZEN

Die öffentlichen Diskussionen um Lafontaines Thesen zu Arbeitslosigkeit, sozialem Elend, Frauenunterdrückung begannen mit merkwürdigen Allianzen. Die gewohnte Rechts-Links-Achse der Beurteilung stimmte nicht mehr. Wo endlich Vorschläge, die in der Linken seit langem diskutiert, mitten aus der Sozialdemokratie formuliert werden, ruft die Linke Verrat. Dazu gesellt sich die konservative Presse, die die Diskussion schürt, um den sich auftuenden Graben zwischen DGB und SPD zu verbreitern. Die linke Presse arbeitet durch ihre schnellen Verurteilungen unfreiwillig in gleicher Richtung. Der DGB geht der Person Lafontaines gegenüber in die Offensive, politisch in die Defensive. Unter den linken Intellektuellen gibt es einen spontanen Konsens: Lafontaine ging zu den Rechten über. Man sollte seine Thesen nicht diskutieren.

Meine Beunruhigung richtete sich auf die Form der Auseinandersetzung, auf die verpassten Möglichkeiten, die Themen, die von Lafontaine in die Auseinandersetzung gebracht waren, im Streit aufzunehmen und zu befördern, statt alle Energie auf die Verteidigung fertiger Urteile zu lenken. Die Politikform, in der eine stellvertretende Öffentlichkeit von Politikern, Presse und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen entscheidet, worüber man sprechen sollte und worüber nicht, wurde gerade am Beispiel Lafontaine

immer fragwürdiger. In der allgemeinen Aufregung über die Vorschläge, die doch drei besonders benachteiligte Gruppen betrafen (die Arbeitslosen, diejenigen, die im sozialen Elend leben und die Frauen), wurden diese nicht gehört.

Die Analyse der Presse ergab nicht nur, dass die Berichterstattung einseitig war, sondern dass trotz absichtsvollen Verschweigens Themen laut wurden, welche die Einbeziehung der Bevölkerung ins Politische voraussetzen: das betrifft die Fragen der Lebensweise, der Ökologie, der Produktwahl bis hin zu den Verhältnissen, in denen produziert wird. Ist die Bevölkerung wirklich so apathisch, unwissend, gleichgültig, wie diejenigen, die über sie verhandeln, zu glauben scheinen?

Die empirische Untersuchung brachte zum Vorschein: In der Bevölkerung gibt es politischen Sachverstand, Änderungswillen, Lust am Eingreifen, wenn auch oft auf eine gefesselte, entmutigte Weise. Es gibt also Voraussetzungen für eine Einbeziehung der Bevölkerung in die Politik, für »mehr Demokratie« und in diesem Sinn für eine »Perestrojka«. Für eine Freisetzung braucht es Vordenker. Das Buch von Lafontaine kann in dieser Weise genutzt werden. Für eine Bevölkerung, die produktiv mit öffentlichen Dingen beschäftigt ist, braucht es ein Subjekt und eine Anordnung, welche solche Energien freisetzen. Zur Zeit sehe ich drei politische Subjekte, die dieses Projekt zu ihrer historischen Aufgabe machen müssten: die Gewerkschaften könnten aus ihrer Defensive heraustreten und Foren zur Diskussion solcher Thesen schaffen, die den veränderten Bedingungen in der Produktion und Organisation Rechnung tragen. Ohne eine Einbeziehung der Arbeitenden in die anstehenden Aufgaben können diese kaum für sie gelöst werden. Das bedeutet allerdings eine Umorganisation in den Politikformen und der Nutzung der Intellektuellen in der Gewerkschaftsbewegung. Die Sozial-

demokratie als Massenpartei sollte, statt die Differenzen unter den Teppich zu kehren, das Land mit Diskussionszirkeln überziehen: die Einbeziehung des Volkes in die Politik ist nicht eine bloße Phrase, sondern eine große Bereicherung gesellschaftlichen Lebens. Auch die Grünen schließlich, die ihre Partei entweder selbst als Bewegung denken oder sich als parlamentarische Vertretung von Bewegungen, brauchen eine Strategie, wie Ratschläge aus der Bevölkerung einzuholen und politisch zu artikulieren sind.

Die »eingreifende Sozialforschung« zeigte in unserem Beispiel eine andere Möglichkeit politischen Handelns für die Intellektuellen. Der lange Streit, inwiefern und ob Aufklärung eine mögliche Aufgabe für sie wäre und wie mit den alltäglichen Ideologien in den Köpfen der Menschen umzugehen sei, erfährt eine Wendung. Tatsächlich fehlt in der Bevölkerung eine Menge Wissen — Zahlen, Fakten über die Taten von Kapital und Staat und die Lage in der Bundesrepublik und der Welt — welches zur politischen Handlungsfähigkeit unerlässlich ist. Hier fiele Aufklärung, verstanden als solche Bereitstellung von Wissen, auf fruchtbaren Boden. Dagegen war die Bestimmung der Meinungen durch die realen Verhältnisse, in denen die einzelnen leben, größer als ihre Befangenheit durch verbreitete »Ideologien«. Sobald es den diskutierenden Gruppen gelang, sich selbst vom Standpunkt von Untertanen in den von Gesellschaftsveränderern zu begeben, änderten sich häufig auch ihre Urteile. In dieser Weise erhält Marxens Satz, dass die Selbstveränderung und das Verändern der Umstände zusammengehören, eine neue Aktualität.

## LITERATURVERZEICHNIS

*Afa-Bundeskonzferenz*, 6.3.1988

*Arbeiterkampf*/Trampen, Rainer: »Solidaritätsoffer für das Kapital«. Nr. 293, vom 5.4.1988



*Blätter für deutsche und internationale Politik:* Zinn, Karl Georg, 1988: Den technischen Fortschritt zur Vernunft bringen. Oskar Lafontaines 'Gesellschaft der Zukunft'. Nr. 5, 1988

*Der Gewerkschafter,* »Voller Lohnausgleich: Eine Antwort auf Oskar Lafontaine. Oder: Sozialdemokraten auf Abwegen«. Nr. 4, 1988

*Der Spiegel:* Däubler-Gmelin, Herta, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Inge Wettig-Danielmeier: »Uns wird ganz warm ums Herz«. Nr.12, 1988; Ehrenberg, Herbert: »Lohn-Manifest an den Genossen Lafontaine«. Nr.11, 1988; Fahrtmann, Friedhelm: »Schwerster Konflikt seit Jahrzehnten«. Nr.16, 1988; Lafontaine, Oskar: »Arbeitslosen- oder Freizeitgesellschaft. Über Reformpolitik in einer veränderten Welt«. Nr. 7, 1988; Leinemann, Jürgen: »SPD — 'Der Charme eines Finanzamtes'«. Nr. 10, 1988; Martens, Heike u. Klaus Wirtgen: »Wir haben gemeinsame Ansätze gefunden«. Spiegel-Streitgespräch mit Lothar Späth und Oskar Lafontaine. Nr.19, 1988; Petersen, Olaf, und Wirtgen, Klaus: »Die traditionellen Rollen aufbrechen. Spiegel-Streitgespräch der Sozialdemokraten Oskar Lafontaine und Hermann Rappe über Arbeit und Einkommen«. Nr. 9, 1988; Schlamp, Jürgen, und Heiko Martens: »Solidarität zum Nulltarif gibt es nicht«. Spiegelgespräch mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke. Nr.11, 1988; Schreiber, Marion: »Müssen es immer die Männer sein?«. Nr.10, 1988; »Der haut auch auf den Tisch. Wie der saarländische Ministerpräsident Lafontaine das kleinste Bundesland regiert«. Nr.10, 1988; »Die ganze Gesellschaft diskutiert darüber«. Nr.11, 1988; »Eher mit Skepsis«. Nr.14, 1988; »Ins Rampenlicht. SPD-Vize Oskar Lafontaine verlangt von seiner Partei und den Gewerkschaften ein Umdenken in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die FDP horcht auf«. Nr. 7, 1988; »Kräfte am Werk«. Nr.18, 1988; »Neue Zeitrechnung«. Nr.12, 1988; »Ohne mich«. Nr.13, 1988; »Oskars originalgrüne Thesen. Die Grünen fordern seit langem Lohnverzicht für Arbeitsplätze«. Nr.12, 1988; »Um die Ohren«. Nr.15, 1988; »Villa Pompös«. Nr.18, 1988; »'Zweiter Streich'. Der Engholm-Triumph und die Querelen in Hamburg *heizen* den Streit um Oskar Lafontaine an.« Nr. 20, 1988; Spiegel-Titel, »Lafontaine — 'Den richtigen Nagel gedroschen'«. Nr.10, 1988;

*DGB-Informationen und Positionen:* »Arbeitszeitverkürzungen — mit, ohne oder mit teilweisem Lohnausgleich«. 8.4.1988

*Die Tageszeitung:* Kempe, Martin: »Unterentwickelt. Lafontaine und der 1. Mai«. 2.5.1988; Schmidt-Bott, Regula, und Willi Hoss: »Das ist Umverteilung von oben nach unten.«

Streitgespräch zum Lafontaine-Vorschlag. 22.3.1988; »1. Mai: DGB haut den Oskar«.  
2.5.1988

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Adam, Konrad: »Lafontaine und die Zukunft des Fortschritts«. 27.9.1988; Bar[bier, Hans D.]: »Freischwimmen«. 2.9.1988; Barbier, Hans D.: »Ratlos vor der gespaltenen Gesellschaft«. 29.8.1988; C.G.: »Die SPD spricht sich auf ihrem Parteitag für einseitige Abrüstungsschritte des Westens aus. 2.9.1988; »Lafontaine für Wochenendarbeit«. 7.11.1988; Fuhr, Eckhard: »Die Gewerkschaften rühren keine Hand zum Applaus«. 1.9.1988; Herles, Helmut: »Ein Wegweiser namens Lafontaine. Hat der Zweite Mann der SPD nur eine Scheindebatte entfacht?«. 2.3.1988; Herles, Helmut: »Lafontaine wie er lebt und lebt«. 6.5.1988; hls: »Der Streit um Lafontaines Thesen wieder entflammt«. 23.4.1988; hls: »Lafontaine beharrt auf neuem Arbeitsbegriff«. 26.4.1988; hls: »Lafontaine erhält von den Delegierten einen 'Denkzettel'«. 2.9.1988; Hohenthal, Carl Graf: »Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit. Die Flexibilisierung und ihre Folgen«. 15.8.1988; Kg: »Lafontaine für mehr Wochenendarbeit und einen 'solidarischen Einkommensverzicht'«. 1.9.1988; Rt: »Berliner SPD: Kein Kniefall vor dem DGB«. 2&5.1988; Späth, Lothar: »Der Artist unter der SPD-Kuppel«. 7.5.1988;

*Frankfurter Rundschau*: dpa: »Arbeitgeber loben Breit. Garantie für Neueinstellungen bei Lohnverzicht denkbar«. 7.3.1988; Kohl, Hans-Helmut: »Die Arbeitslosen bringen Opfer, nicht die Arbeitnehmer. Lafontaine verteidigt Forderung *nach* Lohnverzicht/Kritik an wirtschaftspolitischen Thesen des SPD-Politikers wird lauter«. 27.2.1988; Kurz-Scherf, Ingrid: 'Reine Linie' gegen 'Zeitgeist': Geht es wirklich um Arbeitslosigkeit? Teil I am 26.3.; Teil II am 28.3.1988; Lölhöfel, Helmut: »Lafontaine soll sich Gewerkschaften stellen. Kontroverse Diskussion im SPD-Vorstand«, 15.3.1988; Lölhöfel, Helmut: »SPD-Präsidium beharrt auf vollem Lohnausgleich. Linker Flügel gegen Lafontaines Thesen«. 1.3.1988; Positionspapier der Gewerkschaft: »Was die IG Metall Oskar Lafontaine vorrechnet und vorhält. Solidarität mit den Arbeitslosen statt Resignation vor der Restauration«. Teil I, 6.4.; Teil II, 7.4.1988; rüg: »Zukunftsmusik«. 7.3.1988; von Oertzen, Peter: »Antikapitalistische Haltung kann das Programm nicht ersetzen. Was ist links' in der 'SPD'? Historische und aktuelle Anmerkungen zu Oskar Lafontaines Thesen«. Teil I, 31.3.; Teil II, 2.4.88

*Gewerkschaftliche Monatshefte*: Hemmer, H.O., u. Ingeborg Wahle-Homann: »Der contract

social muss neu gestaltet werden. Gespräch über die Zukunft der politischen Parteien mit Oskar Lafontaine«. Nr. 5, 1988; Wendl, Michael: »Kapitulation vor der Arbeitslosigkeit. Eine Kritik an dem Verzicht auf Wirtschaftspolitik bei Fritz Scharpf — und Oskar Lafontaine«. Nr. 3, 1988

*Handelsblatt*: »Der Führungsanspruch«. 8.3.1988

IMSF-Arbeitsgruppe, 1988: Die politische Ökonomie des Lohnverzichts. Oskar Lafontaine und die linke Zukunftsdiskussion. Arbeitsmaterialien des Instituts für marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

*Konkret*: Detlev zum Winkel: »Konkret-Kritik an Lafontaines Buch 'Die Gesellschaft der Zukunft'.. 15.4.1988;

Lafontaine, Oskar, 1988: Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt, 1.-3. Aufl. Hamburg

*Links*: Kurz-Scherf, Ingrid: »Ehekrach und Projektion. Nachbetrachtung zur Lafontaine-Debatte«. Nr. 220, 1988

*Nachrichten*: Ist Lafontaine ein Agent provocateur? Nr. 2, 1989

*Rote Blätter*: Briefs, Ulrich, 1988: »Mehr Einheit und mehr Radikalität«. Nr.5; Bühl, Achim, 1988: »Nationaler Konsens oder zweite Reformphase? Worum es Lafontaine wirklich geht, zeigt sein Buch«. Nr.5.

*Süddeutsche Zeitung*: Bonner Redaktion: »Auch Vogel unterstützt jetzt Lafontaine«. 8.3.1988; dpa »Vetter geht über Lafontaines Vorschlag hinaus«. 7.3.1988; mes: »SPD sieht Konflikte mit Gewerkschaften entschärft« 16.3.1988; mes: »Vogel versucht im Streit um Lafontaine zu vermitteln«. 15.3.1988; Süskind, Martin E.: »Lafontaines Thesen zum Lohnverzicht strikt abgelehnt«. 6.3.1988; Süskind, Martin E.: »SPD — Tribunal über Oskar Lafontaine. Kurz, knapp und vernichtend«. 6.3.1988; Thoma, Franz, 1988: »Wie werden die Arbeitslosen weniger?. 8.3.1988

WAZ, 1988: »Lafontaine will einen Gehaltsverzicht für Beamte bei entsprechender Arbeitszeitverkürzung gesetzlich durchsetzen«. 16.3.

WELT »Gewerkschaften müssen sich der Arbeitslosigkeit stellen«. 19.2.1988

*Welt der Arbeit*: »Lafontaine konkretisiert seine Vorschläge«. 24.3.1988

\*

Hinweis auf weitere Beiträge zum Themenschwerpunkt

Mechtild Jansen, 1988: SPD und Quote. Argument 172

Frigga Haug und Barbara Ketelhut, 1988: Die Perestrojka und die Frauen. Argument 170

Sarah Benton, 1988: Sozialpolitik als Privatsache unter Thatcher. Argument 168

Helga Krüger, 1988: Qualifizierungsoffensive — Chance für Frauen? Argument 167

Frigga Haug, 1987: Zeit für uns. Zu Oskar Negts Buch über Arbeitszeitverkürzung.  
Argument 164

Paola Piva und Chiara Ingrao, 1986: Subjektivität der Frauen, gewerkschaftliche Macht und  
das Problem der Arbeit. Argument 159

Frigga Haug, 1986: Zeit der Privatisierungen? Verarbeitungen gesellschaftlicher Umbrüche  
in Arbeit und Lebensweise. Argument 156

Akelei Fischer, 1989: Ein neues Arbeitszeitmodell. Argument 156

Rosemary Pringle, 1986: Frauen und Konsumgesetze. Argument 156

Frigga Haug, 1984: Tagträume. Dimensionen weiblichen Widerstands. Argument 147

Hilary Rose, 1984: Weltweite Feminisierung der Lohnarbeit. Argument 144

Cynthia Cockburn, 1984: Weibliche Aneignung der Technik. Argument 144

Kornelia Hauser, 1984: Frauen — Macht — Politik. Argument 144

Regine Meyer, 1984: Überlegungen zum Stand gewerkschaftlicher Frauenpolitik. Argument  
144

Sigrid Pohl, 1983: Frauenlohndiskriminierung. Feministische Überlegungen zur Marxschen  
Arbeitswertlehre. Argument 140

Inge Morisse u.a., 1982: Unsicherheit in der Politik — Gewerkschafterinnen-Tagebücher.  
Argument 135

Frigga Haug, 1982: Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik — Das Beispiel Setzen.  
Argument 135

